

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: Drei wöchentliche... Einzelne Nummer 5 Pf.

Gründet 1898.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verleger: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonnabend, den 20. Januar 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verleger: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen... für politische und gesellschaftliche...

Telegraphen-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Die deutschen Arbeiter gegen den Eroberungsrieg.

In Abwehr einig!

Die Gewerkschaften aller Richtungen haben in zwei gemeinsamen Schreiben an den Reichskanzler...

Die Antwort der Entente behält jeden Zweifel darüber, daß Deutschland sich in einem Verteidigungskrieg befindet...

Der Präsident des Kriegsamts antwortete: Ihr Schreiben vom 13. Januar 1917 ist die beste Antwort...

Weitervertagung der Duma.

Die Wiedereröffnung verschoben. Petersburg, 19. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.)

- Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, C. Legien. Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften, A. Bergerwald.

Die Antwort des Reichskanzlers.

Die vom 18. Januar datiert ist, lautet: Den Verbänden, die sich zu dem Schreiben vom 16. d. Misvereinigt haben...

Die Erklärungen der Gewerkschaftsvertreter belanden die notwendige Einheit des ganzen deutschen Volkes in diesem Ziel.

Dem Reichskanzler ist folgendes Schreiben vom 16. Januar zugegangen: Sw. Exzellenz haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstage das

Friedensangebot Deutschlands und seiner Verbündeten verkündet, das volle Zustimmung in den Kreisen der Arbeiter und Angestellten Deutschlands fand.

Die Gegner Deutschlands wiesen die dargebotene Friedenshand zurück. Auch die Friedensanregung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika wurde von ihnen abgewiesen.

In der Antwort der Entente auf diese Friedensnote werden Kriegsziele aufgestellt, die nur nach einer völligen Niederwerfung Deutschlands und seiner Verbündeten zu erreichen sind.

Ihre Erfüllung müßte den wirtschaftlichen Ruin Deutschlands und die Vernichtung der Existenz vieler hunderttausend Arbeiter und Angestellten und deren Familien herbeiführen.

Die unsinnigen Forderungen der Entente können nur unter der Annahme aufgestellt worden sein, daß die militärische und wirtschaftliche Kraft Deutschlands bereits gebrochen sei.

Daß die militärische Kraft des deutschen Volkes nicht gebrochen ist, bedarf angesichts der Kampffronten keiner Erörterung.

Auch seine wirtschaftliche Kraft ist keinesfalls erschöpft. Wir verkennen nicht, daß die Abiperrung Deutschlands vom Weltmarkt und die unzureichende Regelung der in Deutschland vorhandenen Nahrungsmittel weite Schichten der arbeitenden Bevölkerung in eine Notlage gebracht haben.

An den Präsidenten des Kriegsamts, Generalleutnant Gröner, richteten die genannten Verbände das folgende Schreiben:

Die Antwort der Entente auf die Friedensnote des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika stellt Kriegsziele auf, die nur nach einer völligen Niederwerfung Deutschlands und seiner Verbündeten erreicht werden können.

Ihre Erfüllung müßte den wirtschaftlichen Ruin Deutschlands und die Vernichtung der Existenz vieler hunderttausend Arbeiter und Angestellten und deren Familien herbeiführen.

Sw. Exzellenz haben in der Konferenz der Vertrauensleute der Gewerkschaften und Angestelltenverbände am 12. Dezember 1916 gesagt, daß der Ausgang des gegenwärtigen Krieges von der Organisation der Arbeit abhängt.

Diese Organisation soll durch das Gesetz betreffend den Vaterländischen Hilfsdienst herbeigeführt werden. Sie dient dem Schutze unserer an den Fronten kämpfenden Söhne und Brüder.

Angeht die rücksichtslose Zurückweisung des Friedensangebots Deutschlands und seiner Verbündeten sowie der Friedensnote des Präsidenten der Vereinigten Staaten seitens der Entente fühlen wir uns verpflichtet, Sw. Exzellenz zu erklären, daß wir alles daransetzen werden, den vollen Erfolg des Gesetzes zu sichern und die Pläne der Gegner Deutschlands zu vereiteln.

Die russische Volk in kritischer Zeit für vier Wochen mundtot gemacht. Jetzt wird dieser Zustand nun abermals vier Wochen verlängert.

Solcher Fragen gibt es freilich in Rußland — auch in England — eine Region. Aber rechnet die Regierung des Zaren im Ernst darauf, daß ihre Miene, als läge ihr die sofortige Lösung aller dringlichen Fragen am Herzen...

In derartigen Floskeln verrät sich vielleicht der Wunsch der Regierung, mit der Duma trotz allem, was jetzt trennt, eine Verbindung zu finden, die dem herrschenden System feins von den Opfern abderlanat, gegen die es sich nun einmal sperrt.

Mit dem Wille der ewigen Ministerkrise würde das in der Tat harmonisieren. Aber wiederum nicht mit der an die letzten Ministerberufungen geknüpften Annahme, daß die Regierung auf eine Verschärfung ihrer reaktionären Haltung ausgehe.

Der Konflikt mit der Duma.

In welchem Stadium sich der Konflikt mit der Duma hält, geht aus folgenden Nachrichten hervor:

Kopenhagen, 19. Januar. Stockholms „Dagens Nyheter“ bringt Informationen aus Rußland: Die Zeitungen glauben, daß die innerpolitische Situation jetzt kritischer sei, als im Sommer 1915.

Das, 19. Januar. Reuter meldet aus London: Die „Times“ meldet aus Petersburg: „Kowojew Wrenja“ meldet, daß während des Reichstagsbeschlusses in Jaroslawe Selo der Minister des Innern Protopopow sich dem Dumapräsidenten Rodziansko genähert...

Ein Anspruch auf Durchzugsrecht durch Belgien.

Wie aus Rotterdam gemeldet wird, teilte der englische Minister des Aeußern folgendes mit:

In einer deutschen Veröffentlichung an die Neutralen, die am 13. Januar veröffentlicht wurde, ist gesagt: Es ist bekannt, daß die königliche Regierung von Großbritannien im Jahre 1887 beschlossen war, sich unter den angegebenen Vorbehalt (Verbürgung völliger Integrität und Unabhängigkeit des belgischen Gebietes, Vergütung eines jeden Schadens, der durch den Durchzug deutscher Truppen verursacht werden könnte) einem Anspruch auf Durchzugsrecht durch Belgien nicht zu widersehen. Diese Erklärung ist durchaus unrichtig und wird in bestimmtester Weise abgelehnt.

Dazu bemerkt der „Lokalanzeiger“: Diese Ablehnung wird kurze Weile haben. Es ist selbstverständlich, daß die Reichsregierung in einer an das neutrale Ausland gerichteten Note eine so schwerwiegende Behauptung nicht mit solcher Bestimmtheit aufgestellt hätte, wenn sie sich nicht im Besitze urkundlichen Materials befände, durch das sie erhärtet werden kann. Wir glauben, vermuten zu dürfen, daß dieses Material nunmehr veröffentlicht werden wird.

Der Wolf im Schafspelz.

Briands Dekret-Antrag.

Bern, 19. Januar. „Dépêche de Lyon“ meldet aus Paris: Der für den Dekretantrag zuständige Kammerausschuß erörterte gestern die Grundzüge des Dekrets. Briand erklärte, es sei eine politische Notwendigkeit, sowohl für die Unabhängigkeit des Parlaments wie für die Handlungsfreiheit der Regierung, daß gewisse Probleme und Fragen von allgemeinem Interesse auf dem Wege des Erlasses gelöst werden. Der Ministerpräsident legte dem Ausschusse eine Aufstellung dieser Fragen vor, unter denen sich auch das Verbot des Alkoholgenußes befindet.

Der Ausschuß ließ in einer Mitteilung an die Presse erklären, daß gewisse Fragen, deren Regelung durch einen Erlass Briand gefordert hatte, bereits durch bestehende Gesetze gelöst worden seien. Andere hätten nur nebensächliches Interesse, so die Herabsetzung der Altersgrenze für die Angestellten der großen Eisenbahnen. Der Ausschuß beauftragte den Berichterstatter, Abg. Biollette, zu untersuchen, in welchem Maße für jedes einzelne der von Briand angeführten Projekte die bestehenden Gesetze ungenügend seien.

Briands Vorlage, die auf Diktaturbefugnisse ausgeht und nun einen so harmlos klingenden Namen führt, ist dem Ausschuß so unsympathisch wie Gift. Er traut dem sanften Kelle nicht. Die Behandlung, die er der Vorlage zuteil werden lassen will, ist so gründlich, daß Briand, der es sehr eifrig hatte, schließlich dabei auf seine Kosten kommen kann.

Das neue Polen.

Reichsrat und Armee.

Warschau, 18. Januar. In der gestrigen Sitzung des Staatsrates erfolgte die Verlesung einer Adresse der polnischen Militärorganisation, in welcher die Entwidlung der Armeefrage geschildert und auf die Verdienste des Kommandanten Piłsudski hingewiesen wird. Zur beschleunigten Organisation der polnischen Armee wurde einstimmig die Bildung einer Militärkommission beschlossen, die aus dem Kommandanten Piłsudski und sechs Mitgliedern besteht. Die Kommission soll sich mit den Befehlshabern und dem Kommando der verschiedenen Divisionen und die Organisation einer Militärkommission des Staatsrates ausarbeiten. In die Kommission wurden gewählt: Dzierżynski, Górecki, Piłsudski, Pring Nadjwiłł, Graf Kosiński. Ferner wurde die baldige Einberufung einer Kommission zur Ausarbeitung eines Entwurfs für die Landtagsfassung und die Verfassung des Königreiches sowie die Schaffung einer Organisation zur Bearbeitung von Kultus- und Unterrichtsfragen beschlossen. Die Annahme sämtlicher Anträge erfolgte einstimmig.

Der Krieg auf den Meeren.

Der deutsche Kaper im Atlantischen Ozean.

Die Priße „Harrowdale“.

Wolffs Bureau meldet: Am 31. Dezember 1916 ist der englische Dampfer „Harrowdale“ (4600 Br.-Reg.-Tn.) als Priße in den Hafen von Swinemünde eingebracht worden. Der Dampfer hatte ein deutsches Prißkommando in Stärke von 16 Mann und 469 Gefangene, nämlich die Besatzungen von einem norwegischen und sieben englischen Schiffen an Bord, die von einem unserer Hilfskreuzer im Atlantischen Ozean aufgebracht waren. Die Ladung der aufgebrachten Schiffe bestand vorwiegend aus Kriegsmaterial, das von Amerika kam und für unsere Feinde bestimmt war, und aus Lebensmitteln, darunter 6000 Tonnen Weizen, 2000 Tonnen Mehl, ferner aus 1900 Pferden. Der eingebrachte Dampfer „Harrowdale“ hatte 117 Lastautomobile, ein Personenautomobil, 6300 Rifen Gewehrpatronen, 30 000 Rollen Stacheldraht, 3300 Tonnen Stahl in Knüppeln, außerdem viel Fleisch, Speck und Butter an Bord. Von den versenkten Dampfern waren drei englische bewaffnet. Unter den Besatzungen der aufgebrachten Schiffe befanden sich insgesamt 103 Angehörige neutraler Staaten, die ebenso wie die feindlichen Staatsangehörigen in Kriegsgefangenschaft abgeführt sind, soweit sie auf den bewaffneten feindlichen Dampfern Feuer genommen hatten. Führer des Prißkommandos war der Offiziersstellvertreter Badewitz.

Die Einbringung der Priße „Harrowdale“ wurde bisher aus militärischen Gründen geheim gehalten. Diese sind, nachdem die Erklärung der britischen Admiralität vom 17. Januar 1917 erschienen ist, fortgefallen. Bemerkenswert ist, daß die englische Admiralität sich erst dann entschlossen hat, die bereits längere Zeit zurückliegenden Verluste dem englischen Publikum bekannt zu geben, als diese durch das Einlaufen der japanischen Priße „Hudson Maru“ in einen brasilianischen Hafen auch dem neutralen Ausland bekannt geworden waren.

Zur Abführung der auf den genommenen Schiffen in Dienst stehenden Angehörigen neutraler Staaten im Kriegs-

gefangenschaft sei daran erinnert, daß vor kurzem der Staatssekretär Lansing die Erklärung abgab, Amerikaner, die in den Dienst der Kriegsführenden träten, begäben sich damit des Anspruches auf Schutz, der ihnen sonst von Seiten der Regierung ihres Landes von Rechts wegen zustiehe. Ob Angehörige der Vereinigten Staaten auf den genommenen Dampfern angeheuert waren, ist in der Wolffschen Mitteilung nicht gesagt, aber den Standpunkt Lansings werden auch die anderen neutralen Staaten als richtig und selbstverständlich anerkennen. Das Besondere des Falles, der jetzt gegeben ist, besteht darin, daß die Anheuerung nicht auf Kriegsschiffen, sondern auf Handelsdampfern, die bewaffnet waren, geschah.

Amsterdam, 19. Januar. Die Londoner Zeitungen vom 18. erörtern ausführlich die Nachrichten über die Schiffsverluste, die die Kaperfahrt der „neuen Röhre“ verursacht hat. Da weitere Nachrichten noch fehlen, so stellt man Vermutungen über die Fahrt und die Maschinerie des Schiffes an und frischt die Erinnerung an die Leistungen der „Appam“ und „Röhre“ wieder auf. Einige Blätter bemühen sich, die Schiffsverluste als ziemlich geringfügig hinzustellen, da die „Röhre“ eine größere Beute gemacht habe. Zu gleicher Zeit wird die Admiralität entschuldigt, daß sie diese Kreuzerfahrt nicht verhindert hat. Es sei nahezu unmöglich, ein einzelnes Schiff in dem weiten Ozean aufzuspüren.

Archibald Gurd teilt im „Daily Telegraph“ mit, daß die britischen Kreuzergeschwader wöchentlich 80 Schiffe anhielten und durchsuchten. „Daily Mail“ schreibt, der Verlust wäre an sich nicht gefährlich, aber er werde es in Verbindung mit der Tätigkeit der deutschen U-Boote. Der Feind zerhöre Tag für Tag etwa 10 000 Tonnen der Handelsflotte der Alliierten, und die einfachste Berechnung zeige, daß dies im Jahre eine gewaltige Totalsumme ergibt. Das Blatt schiebt die Schuld auf das frühere Admiralkollegium. Corson müsse die U-Bootegefahr durch neue Schiffbauten, durch Bewaffnung der Handelsflotte und durch andere Mittel bekämpfen, deren Geheimnis das Blatt nicht enthüllen will. Aber England dürfe Jellicoes Warnung keinen Augenblick außer Augen lassen, daß die U-Bootegefahr jetzt größer sei, als in irgend einer früheren Periode des Krieges.

Der Washingtoner Korrespondent der „Times“ meldet: Die Taten des neuen deutschen Kaperschiffes hätten die Mittelung Balkons an den britischen Vorkapitän in Washington in den Schatten gerückt; die Taten des Kaperschiffes wurden natürlich bewundert. In Pernambuco wurden auch 18 Amerikaner an Land gesetzt. Das Staatsdepartement warte nähere Mitteilungen ab.

Wirkungen der neuen „Röhre“.

Weiter wird gesagt: Man legt sich im allgemeinen die Frage vor, ob nicht mehrere solcher Kaperschiffe die Wachsamkeit der britischen Flotte überlastet hätten, während man sehr gut einsehe, daß es sehr schwierig sei, nur ein Schiff über eine solche Ausdehnung auszusparen und zu vernichten.

Nach einer Rotterdammer Meldung des „L.“ schreibt der Mitarbeiter der „Times“ über das Auftreten des neuen deutschen Kaperschiffes: „Es wird für Schiffsfahrtskreise wohl nichts Neues sein, daß sich wieder ein deutsches Kaperschiff auf See befindet, seitdem die Admiralität am 8. Dezember bekanntgab, daß ein bewaffnetes und unentwaffnetes gemachtes Schiff am 4. Dezember signalisiert worden sei. Im Atlantischen Ozean wurde eine große Anzahl von Schiffen als verloren gemeldet.“ Im Hinblick auf die lange Zeit, während der das Kaperschiff angeblich tätig war, hält der „Times“-Mitarbeiter die bekannt gewordenen Verluste nicht für überraschend groß. Sie seien nicht so groß wie die Beute, die die „Röhre“ während einer kürzeren Zeit gemacht hat. Das Kaperschiff habe anscheinend seine Operationen im Nordatlantik angeschlossen und sei dann anscheinend südwärts gefahren.

Nach dem „L.“ sagt der Mitarbeiter der „Times“ noch, die „Röhre“ habe ihre Expedition nicht länger als zwei Monate fortsetzen können.

„Daily Chronicle“ sagt: Die Kriegsschiffe, die nötig seien, um Jagd auf dieses Schiff zu machen, seien anderer Art, als diejenigen, die zum Kampf gegen die Tauchboote benutzt würden. Die Operationen gegen das Kaperschiff verhindern also nicht den Kampf gegen die Tauchboote.

Wie die „Times“ aus New York meldet, sind die Schiffsversicherungen für die Routen nach Südamerika und Westindien von zweieinhalb auf zehn Prozent gestiegen. Wenn das nicht schon zum Teil eine Wirkung der Nachricht von der Arbeit des deutschen Kapers ist, dürfte ein weiteres Emporschnellen der Versicherungen nicht auf sich warten lassen.

Der Prißführer Badewitz.

Der als Priße nach Swinemünde eingebrachte Dampfer „Harrowdale“ wurde von dem Offiziersstellvertreter Badewitz geführt, der sich bereits auf der Kreuzerfahrt der „Röhre“ ausgezeichnet hat. Der „L.“ weist darauf hin, daß er damals als Kommandant des englischen Schiffes „Westburne“ gefangene Mannschaften von den versenkten Dampfern nach Teneriffa brachte und dann den „Westburne“ versenkte. Er wurde danach in Spanien interniert, es gelang ihm aber, zu entfliehen und die Heimat wieder zu erreichen. Als er die jetzige Priße nach Swinemünde einbrachte, ließ man ihn in schneller Folge von wenigen Tagen vom Obermatrosen der Seewehr und Offiziersstellvertreter zum Bootsmannsmaat, Oberbootsmannsmaat, Steuermann der Reserve und Leutnant zur See der Reserve aufsteigen.

U-Boote gegen U-Boote.

Paris, 18. Januar. Goude, Deputierter von Brek, hat einen Beschlußantrag auf sofortige Bildung einer von dem Großen Generalkommando unabhängigen Amtsstelle zur Organisation eines U-Bootekrieges für Angriff und Verteidigung, ferner auf Bewertung der Kriegswerten für den Bau von Patrouillenbooten und U-Booten und nötigenfalls von Handelschiffen, endlich auf Abrüstung der militärisch wertlosen Kriegsschiffe und Verwendung ihres Materials auf dem Lande sowie auf Handelschiffen, Patrouillenbooten und U-Bootejägern eingebracht.

„Cornwallis“ durch U-Boot vernichtet.

Amtlich. Berlin, 19. Januar. Eines unserer Unterseeboote, Kommandant Kapitänleutnant Hartwig, hat am 9. Januar, sechs Meilen südöstlich von Malta, das durch leichte Streitkräfte gesicherte englische Linien Schiff „Cornwallis“ (14 200 Tn.) durch Torpedoschuß versenkt.

Berlin. Lloyd's meldet: Die britischen Dampfer „Manchester“, „Juvenior“ (7670 Br.-Reg.-Tn.) und „Tragbh“ (3841 Br.-Reg.-Tn.) sind versenkt worden.

Wieder eine englische U-Boot-Falle unter neutraler Flagge.

Wolffs Bureau teilt mit: Am zwölften Januar 1917 sichtete eines unserer Unterseeboote im englischen Kanal einen Dampfer und forderte ihn durch Signal auf, zu stoppen und ein Boot zu entsenden. Es wurden deutlich die dänischen Neutralitätsabzeichen, die dänische Flagge und die in großen weißen Buchstaben aufgemalten Worte „Kai, Danmark“ erkannt. Nach geraumer Zeit wurde am Bug des Dampfers ein Ruderboot sichtbar. Der Unterseebootkommandant glaubte nunmehr, einen harmlosen dänischen Dampfer vor sich zu haben, und näherte sich ihm. Plötzlich ließ der nur noch einige hundert Meter entfernte Dampfer seine Mastkränze fallen, die Planen vom achteren Ruderboot fielen herab und es wurde ein Geschütz von zehn bis fünfzehn Zentimeter Kaliber sichtbar, über welchem die dänische Flagge wehen blieb. Gleichzeitig fielen aus mehreren, bis dahin unsichtbar gebliebenen, an der Dreifache oder vorn aufgestellten Geschützen mehrere Schüsse, die in unmittelbarer Nähe des Unterseebootes einschlugen. Es gelang diesem durch schnelles Tauchen, sich der Gefahr zu entziehen.

Es ist inzwischen einwandfrei festgestellt worden, daß der — tatsächlich existierende — Dampfer „Kai“ bis zum 13. Januar 1917 (also einen Tag nach dem Vorfalle) in dem englischen Hafen Sunderland gelegen hat. Es kann also keinem Zweifel unterliegen, daß es sich hier wieder um einen jener schamlosen Fälle gehandelt hat, in denen englische Dampfer als U-Boote-Fallen neutrale Farben und Flaggen in größter Weise mißbrauchen, um ihre Geschäfte gefahrlos auf den See zu bringen, in Ausübung des zivilen Handelskrieges begriffene Kriegsfahrzeuge zum Schutz zu bringen. Daß dieser Dampfer es nicht einmal für nötig gehalten hat, bei Eröffnung des Feuers die dänische Flagge herunterzuholen, sondern unter wehender dänischer Flagge geschossen hat, steht der ganzen verbrecherischen Handlungsweise die Krone auf.

Die Haltung der Schweiz.

Angers, 18. Januar. Der schweizerische Gesandte in Rom hatte gestern eine längere Unterredung mit dem Minister des Aeußern Sonnino. Der Gesandte erklärte einem Vertreter des „Corriere della Sera“ gegenüber, die Schweiz beobachte andauernd die gleichmäßige Haltung gegenüber allen Kriegführenden seit Beginn des Krieges. An dem Tage, an dem irgendein Soldat der Kriegführenden Staaten den Versuch machen sollte, mit Gewalt die schweizerische Grenze zu überschreiten, würde für die Schweiz der Krieg beginnen. Jedoch hege die Regierung keinerlei derartige Befürchtungen gegenüber irgendeiner Seite. Abgesehen von der Tatsache, daß die schweizerische Regierung über ein kräftiges Heer verfüge, genügen bisher der Schweiz die Versicherungen aller Kriegführenden Staaten. Nachdem jetzt aber alle Friedenshoffnungen geschwunden und die Ausdehnung des Kriegsschauplatzes sowie eine Verschärfung der Kampfweise bevorstehen scheine, fühle sich die Schweiz verpflichtet, alle Maßnahmen zu treffen, um sich gegenüber jeglicher, auch unbeabsichtigter Verletzung seiner Neutralität zu schützen, wer es auch sein möge.

Frankreichs Munitionsnot im ersten Kriegsjahre.

Ein Bericht Millerands.

Bern, 18. Januar. „Le Temps“ zufolge hat Millerand bei einem Vortrag in Bordeaux, offensichtlich als Erwiderung auf die Anschuldigungen, die gegen ihn infolge des letzten Berichtes Violettes in der Kammer erhoben wurden, erklärt, Mitte September 1914 sei im Kriegsministerium wie ein Blitzschlag die Nachricht eingetroffen, daß die Munitionszentrale für die 75-Millimeter-Geschütze sich erschöpft. Die tägliche Erzeugung von 13 400 Ladungen habe man im Handumdrehen auf 100 000 erhöhen müssen. Im Kriegsministerium sei eine Versammlung von Industriellen einberufen worden, in deren Verlauf die Mobilisierung der gesamten Industrie beschlossen wurde. Allein für die Werkstätten fehlten die geschulten Arbeiter sowie die nötigen Werkzeuge, als die neue Schwierigkeit hinzukam, daß nicht nur Munition, sondern auch Geschützmaterial ersetzt bzw. erzeugt werden mußte. Durch Bestellung von Geschützen sei in den meisten Fabriken die Geschützherstellung auf die Hälfte herabgesetzt worden. Seine einzige Verpflichtung sei von den Auftragnehmern eingehalten worden, so daß schließlich trotz aller Bemühungen der Ubergangszustand der Desorganisation eintrat, der bis zum Frühjahr 1915 andauerte. Erst da sei es gelungen, Erfolge zu erzielen, welche die kühnsten Erwartungen übertrafen.

Vermutlich spielt Millerand mit der letzten Aeußerung auf die 1915 ausgelassene große französische September-Offensive in der Champagne an. Aber diese kam nach anfänglichem Erfolge schnell ins Stocken und zwei Monate später war Millerand als Kriegsminister abgetan. Es gab eben noch kühnere Erwartungen, als er sie legte.

Die Kriegsgefangenschaft in Dänemark.

Kopenhagen, 18. Januar. Zu den Auslassungen der Presse über die Kriegsgefangenenfrage veröffentlicht das Ministerium eine Erklärung, in der auf die Erklärung des Ministers des Aeußern im Folkething vom 29. Oktober 1916 verwiesen wird, in der dieser betonte, daß der von der Regierung beschlossene Plan, der sich auf die von den auswärtigen Mächten ausgesprochenen Wünsche gründete, der einzig durchführbare sei. Derselbe betraf die Forderungen, welche die Kriegführenden betreffs der Verpflegung und Bewachung der Kriegsgefangenen gestellt hätten und stellen mußten. Der Plan sei wegen der Kosten, welche die Staatskasse tragen müßte, seinerzeit den Haushaltsausschüssen der beiden Reichstagskammern vorgelegt worden und habe eine sumpfbische Aufnahme gefunden. Daß die Staatskasse alle Ausgaben übernehmen solle, sei wegen der Größe derselben nicht angemessen. Auch die entsprechende Ordnung in der Schweiz gründe sich auf die Wünsche der Kriegführenden zum Unterhalt der Internierten. Unter Vorsitz des Prinzen Waldemar werde demnächst eine Landesversammlung für die Sache eingeleitet werden, um dem naturgemäßen Mißgefühl der dänischen Bevölkerung nachzukommen und den Wunsch zu erfüllen, auf einem Gebiet, wo dies möglich sei, einigen der Opfer des Krieges Hilfe zu leisten.

Sitzung des Parteiausschusses.

Berlin, 18. Januar 1917.

Die Sitzung findet im Reichstagsgebäude statt. Die Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur augenblicklichen Situation und zu dem Sonderparteitag der Opposition; 2. „Sonstiges“ wird genehmigt, nachdem auf Antrag Meerfeld-Köln festgestellt worden war, daß bei dem ersten Punkt auch die Stellungnahme zu den neuesten Vorgängen auf kriegspolitischen Gebieten erfolgen könne. Darauf nimmt das Wort zum Referat

Ebert:

Die letzten Wochen brachten eine bittere Enttäuschung für unsere Friedensarbeit durch die provisorische Abweisung des Jahresverbandes mit ihren wahnwitzigen Wüsten Eroberungsplänen. Der Jahresverband erklart als sein Ziel die Abtrennung Elsaß-Lothringens, Nord-Schleswigs, der polnischen Gebietsteile von Deutschland, die völlige Verdrängung Oesterreich-Ungarns und die Aufteilung der Türkei, d. h. Rußland soll künftig politisch entscheidend sein nicht nur auf dem Balkan, sondern in ganz Mitteleuropa. Niemand hat die russische Gefahr klarer erkannt und schärfer vor ihr gewarnt als die Anführer des Sozialismus. Würden die Kriegsziele des Jahresverbandes erreicht, dann läme Deutschland politisch unter den Einfluß Rußlands, seine Volkswirtschaft und sein Außenhandels wären abhängig von der Gnade Englands.

Deutschland kämpft heute in der Tat um sein nacktes Dasein und um seine Zukunft;

niemand kann heute ernstlich bestreiten, daß sich Deutschland in der Abwehr befindet. Damit sollte eigentlich auch der Kern unseres Parteistrites über den Charakter des Krieges sachlich erledigt sein. Auch auf der Reichskonferenz wurde gesagt, daß Deutschland einen Verständigungsfrieden nicht wolle. Jetzt haben wir gesehen, wie es in Wahrheit steht. — Erst der enge Zusammenhang zwischen unserer Friedensarbeit und der Anerkennung der Pflicht zur Landesverteidigung hat uns Einsicht verschafft auf die Politik des Reiches. Nur gestützt auf eine so starke Volksbewegung für den Frieden konnte die Reichsregierung diesen verantwortungsvollen Schritt tun. Daß sie auf der Reichskonferenz rücksichtslos den Kampf gegen alle verlangt, die sich einem Verständigungsfrieden entgegenstellen. Da darf ich denn aber auch nicht zurückweichen vor den Konsequenzen, wenn die

Gegner Deutschlands dieses Hindernis

sind. Die Verwirklichung der Kriegsziele des Jahresverbandes würde den Bankrott für Deutschland, für die deutsche Arbeiterbewegung und für die deutsche Arbeiterklasse selbst bedeuten. Wir haben deshalb auch künftig zu dem am 4. August eingeschlagenen Politik. Sie hat lediglich die Pflicht zur Landesverteidigung festgelegt, und zwar unter einmütiger Anerkennung der Gesamtpartei, abgesehen von einigen Sonderlingen, die niemand ernst nahm. Im übrigen ist die Politik vom 4. August lediglich eine Frage der Taktik. Sollen wir etwa gemeinsam mit Bethold und Bassemann Sturm laufen gegen die Weidmannsche Politik eines verhängigen Friedens? Was über Verletzung der Parteigrundsätze geredet wird, das geschieht nur, weil es sich besonders eignet zur Parteiverkehrung, die betrieben wird, solange die Opposition nicht die Herrschaft in der Partei an sich gerissen hat. Ein Unterschied innerhalb der Opposition besteht nur darin, daß die Spartakusleute offen aussprechen, was sie wollen während die Arbeitgemeinschaft hinterhältig verfährt. Zum Beweise dafür verweist Ebert auf die Durchkreuzung der Friedensaktion vom Juni 1916, auf die geheimnisvoll und von langer Hand vorbereitete Fraktionspaltung, auf den Sonderparteitag der Opposition, der gerade während der größten geschichtlichen Ereignisse einberufen und abgehalten wurde. Der von der Parteileitung einberufenen Reichskonferenz hat die Opposition jede Beteiligung zu verweigert, ja sogar zu einer Meinungsäußerung abgesprochen, der durch Geheimaktual einberufene Sonderparteitag der Opposition, der

die Folge einer Parteiververtretung

war, hat sich zum Richter über die Gesamtpartei aufgeworfen. Diese selbst aber soll nichts zu sagen haben, wenn sie nicht bedingungslos der Opposition zustimmt.

In dem Beschlusse des Sonderparteitages ist viel von Gewalttaten des Parteivorstandes die Rede, so von Stuttgart, wo der Parteivorstand pflichtgemäß gegen Beitragsperre und Sonderorganisation vorgegangen ist; von Duisburg, wo es sich darum handelte, anarcho-syndikalistische Treiben zu befeitigen; von Bremen, wo gleichfalls Beitragsperre und Parteispaltung proklamiert wurde, und wo es sich ebenso wie in Duisburg darum handelte, geschäftliche Unternehmungen der Gesamtpartei vor dem Ruin zu bewahren. Es ist auch auf Frankfurt a. M. hingewiesen, wo aber der Bezirksvorstand im Verlauf des Pressestreites zum Vortritt des Parteikomitees aufgefordert, wo das Bezirkssekretariat zu einer Sonderkonferenz eingeladen hat und wo der Bezirksvorstand die Verständigungsversuche des Parteivorstandes vereitelt hat. Auch von Berlin ist die Rede. All unsere Versuche, mit der Drehkommission eine Verständigung über Aufhebung des „Vorwärts“ verbotes herbeizuführen, waren vergeblich. Wir mußten dort mit Genossen verhandeln, deren Namen nicht einmal dem Vorsitzenden der Prekommission bekannt waren, denen jede Parteierfahrung fehlte. Schließlich aber mußte allgemein anerkannt werden, daß die Aufhebung des Verbotes nur zu erreichen sei, wenn ein Mitglied des Parteivorstandes in die Redaktion eintritt. Strittig blieben nur die Kompetenzen, die ihm einzutreten seien. Wir verlangten nur das gleiche Recht, das der frühere Verantwortliche der Redaktion besaß, nämlich Entscheidung über Form und Inhalt des „Vorwärts“. Das lehnte die Prekommission ab. Wir handelten dann so, wie es das Interesse der Partei gebot. Apter erfüllt der „Vorwärts“ wieder seine Aufgabe als Zentralorgan der Partei, deshalb soll er vernichtet werden. Wenn dem

blindwütigen Zerstörungstreiben

gegen den „Vorwärts“ Redakteure des Blattes sich anschlossen, so können sie natürlich nicht länger am Zentralorgan teilhaben. — Auch von der Unabgeschlossenheit der Mehrheit spricht die Opposition. Nun, in Bremen wurde der Parteisekretär Weilmann von der Opposition wegen seiner Gesinnung entlassen, zwei Redakteure in Bremen sollten ausschließlich wegen ihrer Meinung gemahnt werden, in Berlin wurden zwei alsbaldige Parteigenossen aufs Pflaster gesetzt, und noch im Juli v. J. haben wir hier über die Anhebung der Meinungsfreiheit der Königsberger Redaktion zu sprechen gehabt. Dazu kommt der standeslässige Wahltritt bei der Aufstellung der Kandidaten in Spandau-Potsdam. Dort haben nicht nur die Spartakusleute, sondern auch die Arbeitgemeinschaft die Parole ausgegeben:

Lieber einen Konservativen als einen von der Parteimehrheit. Und diese Leute berufen sich auf Parteigrundsätze und proletarische Interessen!

Die Kosten des Sonderparteitages der Oppositionsgruppen waren nach der Einladung von den Organisationen zu tragen. Unsere öffentliche Warnung blieb unbeachtet. Ganz offen und in unerhörter Weise wurden Organisationen und Mittel der Gesamtpartei mißbraucht. Wir haben die Pflicht, die Einheit der Organisation und Aktion der Partei unter allen Umständen zu wahren und dürfen, wenn nötig, auch vor dem Neukerzen nicht zurückweichen. Der Beschluß des Sonderparteitages ist eine Herausforderung der Gesamtpartei und läßt keinen Zweifel daran, daß es abgesehen ist auf den Bruch mit der Organisation und der Partei. Es wird die Organisation der Opposition gegen die Organisation der Gesamtpartei gegründet durch Zusammenfassung der in ihrer Mehrheit oppositionellen Kreise und Anschließ der in der Mehrheit befindlichen Oppositionsgruppen der Reichsvereine. Das ist ein glatter Bruch mit dem Mehrheitsprinzip, auf dem unsere Organisation beruht. Es werden auch bereits Beiträge für die Sonderorganisation laßt. Die Gesamtpartei hat alle Zeit mit äußerster Entschiedenheit jede Sonderorganisation in Partei und Gewerkschaft auf das Schärfste verurteilt; siehe die Beschlüsse von Lübeck, Mannheim, Nürnberg usw. Die Partei und ihr Statut kennen nur die einheitliche Organisation. Länger als ein Jahr wird aber dagegen vorgegangen.

Der Bruch mit der Gesamtpartei ist von der Opposition vollzogen, wir haben nur die Folgerungen zu ziehen.

Für diesen folgenschweren Schritt tragen diejenigen die Verantwortung, die seit Kriegsausbruch in sozialistischer Verantwortung die Parteierziehung systematisch betrieben. Wir haben alles getan, um Einhalt zu gebieten; die Antwort war meist nur Spott und Hohn. Nun heißt es für die Gesamtpartei zu handeln. Nach der Auffassung des Parteivorstandes muß in einer klaren Entscheidung gesagt werden, daß die Partei für Sonderorganisationen keinen Raum hat und daß jeder, der Hand anlegt an die einheitliche Organisation, das Primat der Partei verloren hat. Führen wir einen solchen Beschluß entschlossen durch, dann — davon bin ich fest überzeugt — retten wir die Partei vor Zerstörung. Damit tun wir unsere Pflicht gegenüber der Partei und der Arbeiterklasse. (Lebhafter Beifall.)

Reichhaus-Erfurt wirft Ebert aggressives Vorgehen vor, bestreitet die Wichtigkeit seiner Auffassung von dem Beschluß der Sonderkonferenz und appelliert an den Parteiausschuss, den vorgeschlagenen Weg nicht zu betreten, die Verantwortung falle sonst auf die Mehrheit.

Inzwischen läuft der Antrag Loebe-Sindermann ein, der bereits veröffentlicht ist. — Auf Antrag Weims und gegen den Widerspruch Lipinski wird die Redezeit auf 15 Minuten festgesetzt.

Loebe-Weisau führt gegen Reichhaus aus, daß man es mit dem bloßen Mißbilligen und Gebenlassen lange genug getrieben habe, mit dem einzigen Erfolg, daß die Spaltungsbestrebungen der Opposition nur zugenommen haben. Man sehe eben vor der traurigen Tatsache, daß eine Verständigung nicht mehr möglich sei. Die Minderheit, die sich der Einberufung eines Parteitagcs unbedingte widersetzt, sei bisher immer die Antwort auf die Frage schuldig geblieben, ob sie sich einem gegen sie ausfallenden Beschluß des Parteitages fügen würde. Der Beschluß der Oppositionskonferenz machte sich in provokatorischer Art die Erklärung der Berliner Verbundgeneralsekretärin zu eigen, daß der Parteivorstand und alle sonstigen Mimikranten an der Lösung der „Vorwärts“-Frage christlich und parteischädlich gehandelt hätten. Mit solchen Seiten, die nach dieser Auffassung eigentlich gar nicht mehr der Partei angehören, konnte doch die Opposition nicht zusammenbleiben wollen. Die Mehrheit könne sich nicht weiter als Vertreter an der Arbeiterklasse erklären lassen.

Lipinski-Berlin

untersucht die Bestimmung des Parteiprogramms, daß die Partei den Kampf der Arbeiterklasse benutzt und einheitlich zu gestalten habe und legt den Akzent auf das Wort „benutzt“ (Zuruf: einheitlich). Der Streit habe seinen Ausgang davon genommen, daß die Mehrheit die Grundsätze der Partei aufgegeben habe. Auch Lippinski habe sich nicht bedingungslos für die Landesverteidigung ausgesprochen, sondern gefordert, daß die Sicherheit der Nation durch ihre Freiheit bedingt sei. Gerade mit Freiheit habe aber das Eintreten für das Hilfsdienstgesetz nichts zu tun. Die Opposition habe nur von dem demokratischen Parteirecht Gebrauch gemacht, für ihre Einlassungen in der Partei zu werben. Dies und nichts anderes wolle sie auch weiter tun. Die Mehrheit aber wolle ihrer Auffassung durch Zwang Geltung verschaffen. Sie sei beteiligt und dürfe daher nicht Richter sein. Was der im Statut nicht vorgesehenen Reichskonferenz recht war, müsse auch der Konferenz der Opposition billig sein. Die Gründung des Klubs „Vorwärts“ in Berlin, unter Mitwirkung von Parteivorstandsmitgliedern, die dort auch Reden hielten, sei eine Spaltung der Berliner Organisation (Zuruf: Die dem „Vorwärts“ ruinieren will). Der Redner erklärt namens der Opposition, daß sie sich keineswegs außerhalb der Partei stelle; es fehle auch jede formale Handhabe zu einem Ausschluß.

Reil-Stuttgart

meint, Reichhaus hätte seine Wohnung an die Opposition rücken sollen. Unverständlich sei die moralische Entrüstung Lipinski, dessen Bestimmungsgenossen doch dem Parteivorstand und der Mehrheit Ehrlosigkeit nachsagen. Weder Lipinski noch sonst jemand habe bisher nachweisen können, daß die Haltung der Partei dem Programm widerspreche. Entscheidend aber sei es, daß der Kampf einheitlich geführt werden müsse. Gerade in der jetzigen hochwichtigen Zeit, die auf Jahrzehnte über die Lage der deutschen Arbeiterklasse entscheiden werde, dürfe sich die Partei nicht durch die Opposition so schwächen lassen, daß sie auf jeden Einfluß verzichtete. Gerade das demokratische Parteirecht bedingt die Unterordnung unter die Mehrheit. Niemand habe das Recht, nach außen die Aktionen der Partei zu durchkreuzen. Gerade das Interesse der Arbeiterklasse verbiete es, zweierlei Meinungen nach außen hin auftreten zu lassen. Das sei der Hauptgedanke. An Toleranz habe die Mehrheit bisher das Neukerze aufgegeben.

Stewart-Altona erklärt, daß die jüngst allen Parteigenossen, die in Schleswig-Holstein jetzt die Parteiarbeit zu leisten haben, jetzt mit Schmerzen zu der Überzeugung gekommen seien, es müsse eine reinliche Scheidung vorgenommen werden.

Dismann-Frankfurt a. M. bespricht eingehend die Frankfurter Differenzen. Dort habe sich der Parteivorstand widerrechtlich auf die Seite der Frankfurter Organisation gegen den Bezirk gestellt. Der Opposition falle es nicht ein, eine Sonderorganisation gründen zu wollen, das lage man nur in den Beschlüssen hinein. Gerade im Interesse der Einheitlichkeit der Aktion der Arbeiterklasse dürfe man nicht so leichtfertig einen Beschluß fassen, der weit hinausgehe über die nur ausschließliche Funktion des Parteiausschusses.

(Mittagspause.)

Am Beginn der Nachmittagsitzung legt Ebert die Beitragskarte der Leipziger Opposition vor.

Braun (P.-B.):

bekämpft die Behauptung, daß der „Vorwärts“ Eigentum der Berliner sei, er sei Zentralorgan der Partei, und die wichtige Funktion als Zentralorgan sei ihm jetzt zurückgegeben, nachdem er zwei Jahre lang gegen die Partei geführt worden sei. Auch Braun weist auf die Gewalttätigkeit der Opposition in Bremen

und Berlin hin und wendet sich eingehend gegen Dismanns Angaben über den Frankfurter Streit. Dort habe man versucht, Richter als Redakteur anzubringen; man habe die Vermittlungsversuche des Parteivorstandes vereitelt und der Bezirksvorstand habe den Vortritt der „Vollstimme“ empfohlen. Dagegen müsse der Parteivorstand vorgehen. Jetzt müsse die Partei die Einheit der Partei zum Nutzen der Arbeiterklasse aufrechterhalten.

Sander-Weimar spricht in ähnlichem Sinne wie Reichhaus und würde es auf das entschiedenste mißbilligen, wenn Einrichtungen der Partei für Sonderorganisationszwecke mißbraucht würden. (Zuruf: Die Organisationen sind doch Einrichtungen der Partei!) Die Erklärungen des Parteivorstandes sei nicht so tragisch zu nehmen; es seien auch schon Schiedsrichter von vorgefahreter Meinung nach Prüfung des Sachverhaltes abgenommen. Gesündigt sei auf beiden Seiten. Die Oppositionskonferenz habe sich doch gegen Beitragsperre ausgesprochen und unter ihr seien viele alte Kämpfer, die zweifellos eine Zertrümmerung der Organisation verwerfen. Dem vorgeschlagenen Beschluß könne er nicht zustimmen.

Severing-Bielefeld weist darauf hin, daß der Parteiausschuss schon im März 1916 beschlossen hat, in der deutschen Sozialdemokratie gebe es nur eine politische Organisation, und wer an parteierziehenden Sonderorganisationen teilnehme, stelle sich außerhalb der Partei. Die Voraussetzungen für diesen automatischen Ausschluß seien jetzt gegeben, da man Organisationen, also Einrichtungen der Partei und ihre Mittel benutzt habe. Der Zustand, daß gar nichts Neues über den Parteistreit mehr gesagt werden könne, beweise, daß die Partei seit langer Zeit darüber nicht hinauskomme und dadurch in ihrer so notwendigen Werbearbeit lahmgelagert werde. Solange ein Parteitag nicht zusammenretre, seien die Reichstagsfraktion, der Parteivorstand und der Parteiausschuss berechtigt und verpflichtet, seine Funktionen auszuüben, soweit es sich um die Aufrechterhaltung der Einheit der Partei handle. Der Parteivorstand, und zwar Daase, habe nach Kriegbeginn vorgeschlagen, alle Parteidifferenzen bis nach dem Ende der Kriege zu vertagen. Die Opposition habe diese Abmachung gebrochen. Wenn jetzt eine Entscheidung getroffen werden, können sich diejenigen nicht beklagen, die sie erzwungen haben.

Rehner-Dresden

betont, daß der Parteiausschuss zu einem solchen Schritt nicht berechtigt sei. Nicht die Opposition, sondern Mehrheitsmitglieder, wie David und Heine, hätten damit angefangen, den inneren Parteifrieden zu brechen, indem sie sich von Vollversammlung Vertrauen voten für die Reichstagspolitik holten. (Zuruf: Schon am 21. August 1914 sprach David in Stuttgart!) Wenn die Leipziger Opposition freiwillige Beiträge leistet, so entspricht sie damit doch ihrer Meinung, daß Parteimittel für Oppositionszwecke nicht in Anspruch genommen werden dürfen. Beim Fraktionsstreit habe die Mehrheit so wenig Toleranz geübt, daß sogar die Wiener Arbeiterzeitung dies geißelt habe. Die Reichstagspolitik widerjäre die noch beim Überreichsten Ultimatum an Serbien gedauerten herkömmlichen Auffassung der Partei. Nirgendwo sei ihr die Beteiligung von Kriegsfreunden vorgeschrieben und ohne diese wäre es nicht zu dem Parteistreit gekommen. Auch die Mehrheit gebe keine Antwort auf die Frage, was sie tun würde, wenn der Parteitag gegen sie entschiede. Diese Frage habe überhaupt keinen Zweck, es könne noch andere Möglichkeiten geben, die man heute noch nicht ermeßen könne. Gehe die „Eich-aufserhalb-der-Partei“-Kette, das habe Weid in Magdeburg beim badischen Rudgetreil ausdrücklich namens des Parteivorstandes erklärt. Nach der Gründung des „Vorwärts“-Klubs in Berlin und nachdem dort Parteivorstandsmitglieder gesprochen haben und Vertrauensvoten für die Fraktion angenommen worden sind, habe man kein Recht, der Opposition ein entsprechendes Vorgehen zu verwehren. Die Parteimehrheit handle in der Befürchtung, daß die Opposition die Mehrheit auf einem künftigen Parteitag gewinnen würde, und um dem vorzubeugen, wolle man die Opposition aus der Partei entfernen. Die Opposition aber, die heute unter ähnlichen Verhältnissen lebe wie die ganze Partei unter dem Sozialistengefetz, bleibe in der Partei, gestützt auf das Parteistatut, und das würden die Genossen im Ranke schon erkennen.

Weims-Ragdeburg erklärt, daß ein erheblicher Teil des Mitgliederverlustes auch auf den Abscheu vor dem Streit und den Treibereien der Opposition zurückzuführen sei. So arbeiten in Magdeburg Haupt und Brandes, gestützt auf die von diesem geleitete Metallarbeiterorganisation, auf den Vortritt der „Vollstimme“ hin. Die Spaltung greift auch schon auf die Gewerkschaften und Genossenschaften über. Auf Jahre hinaus würde die Arbeiterklasse um allen Einfluß gebracht werden, wenn man noch längere Zeit diesem Treiben ruhig zusähe. Der Beschluß der Oppositionskonferenz lasse gar keinen Zweifel an dem Bestreben nach einer Sonderorganisation und an deren Bestehen. Adolf Hoffmann habe in Riesaal ausdrücklich erklärt, wenn die Opposition auf dem Parteitag in der Minderheit bleibe, gründe sie eine eigene Partei, und in der preussischen Landeskommission habe er Auffassung darüber verteidigt. Wenn die Opposition nicht nur ihren Kopf durchsetzen wolle, müßte sie jetzt anerkennen, daß ihr die Interessen der Arbeiterklasse höher stehen als die Lust am Streit.

Geberland-Düsseldorf erklärt in Uebereinstimmung mit Severing, daß gerade die Demokratie in der Partei die Unterordnung unter den Mehrheitswillen fordere. Was gegen Hildebrandt wegen seiner Meinung gesprochen ist, das muß erst jetzt gegen die Opposition wegen ihrer Handlungen geschehen. Die Trennung der Partei ist durch die Opposition bereits durchgeführt, das könnte er aus seiner niederdeutschen Erfahrung nur bestätigen. Er als Bezirkssekretär sei dort vollkommen ausgeschaltet, weil er zur Fraktionsmehrheit gehöre.

Stadthagen-Berlin meint, man wolle einfach die Genossen, die nicht der Ansicht der Mehrheit sind, ausschließen, indem man einfach erkläre: Sonderorganisation! und fertig. In Wahrheit wolle die Opposition, was auch ihr Beschluß beweise, die Parteeinheit herbeiführen und alle Schädigungen beseitigen; sie wolle die Partei gegen das zerstörende Treiben des Parteivorstandes und der Fraktionsmehrheit schützen. Das sei ihr gutes Recht. Die Gesamtpartei sei nicht der Parteiausschuss, sondern der ordnungsmäßig durch einen Parteitag auf Grund vorchriftlicher Wahlen ermittelte Wille der Parteigenossen. Es sei kein Zweifel, daß die Opposition die Mehrheit erlangen werde. Die Fraktionspaltung sei herbeigeführt worden durch einen Bruch des Organisationsstatuts, in dem die Mehrheit der jetzigen Arbeitgemeinschaft die Rechte übernahm, die sie auf Grund der Mandate und der Parteibeschlüsse ausüben hätte. Auch dieser Redner beschäftigt sich in demselben Sinne wie seine Freunde mit dem Berliner „Vorwärts“-Klub und wirft der Mehrheit auch sonstige Spaltungsbestrebungen in Groß-Berlin vor.

Reiner-Gannover polemisiert gegen den Vortrager und zieht einen Artikel Hans Bloß („Leipziger Volkszeitung“) zum Beweise für die Spaltungsabsichten der Oppositionskonferenz heran. Nach weiteren Ausführungen von Weid (P.-B.) und Frau Bley (P.-B.), die noch einmal die Argumente für und gegen den Antrag Loebe-Sindermann zusammenfassen, wird die Debatte durch Schlußantrag beendet. — Nach dem Schlußwort Eberts und einigen persönlichen Bemerkungen wird der Antrag Loebe-Sindermann mit 29 gegen 10 Stimmen angenommen.

Politische Uebersicht.

Abgeordnetenhaus.

Adolf Hoffmann sprengt die Fraktion.

Wie im Reichstag, so sind nun auch im preussischen Abgeordnetenhaus die inneren Zwistigkeiten unserer Partei von der Parlamentstribüne herab ausgetragen worden. Der den ausführlichen Sitzungsbericht liest, wird keinen Augenblick darüber im Zweifel sein können, auf welcher Seite die Schuld liegt.

Die Fraktion hatte mit 5 gegen 4 Stimmen, die auf Ströbel entfielen, den Genossen Hirsch zum Redner bestimmt. Kaum hatte dieser seine Ausführungen beendet, da hat Adolf Hoffmann uns dort zur Geschäftsordnung und gab namens seiner Freunde Paul Hoffmann, Ströbel und Hofer die Erklärung ab, daß sie mit dem, was Hirsch über die Friedensfrage, den U-Boot-Krieg und die Leistungen der Gewerkschaften bei der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes gesagt hatte, nicht einverstanden seien. An dieses gegen alle Gepflogenheiten der Partei verstoßende Vorgehen schloß sich eine längere unruhigliche Auseinandersetzung zwischen den Mitgliedern der Fraktion, deren Folge der an anderer Stelle wiedergegebene Fraktionsbeschluss ist.

Was den sachlichen Teil der Sitzung anbelangt, so brachte die Fortsetzung der Generaldebatte zunächst eine scharfe Anklage des Polen Koranyi gegen die Regierung wegen ihrer Völpolitik, eine Rede, auf die der Minister des Innern v. Voebell in äußerst gereiztem Tone erwiderte. Darauf kam Genosse Hirsch zu Worte, der sich zunächst mit der auswärtigen Lage befaßte und ohne auf die Schuldfrage am Kriege einzugehen, der Ueberzeugung Ausdruck verlieh, daß die Antwort der Entente von jedem Deutschen mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden müsse und daß es jetzt darauf ankomme, alle Eroberungspläne zunichte zu machen, zugleich aber nichts unberührt zu lassen, was uns dem Frieden näher bringen könne. Von diesen Erwägungen aus bekämpfte unser Redner auch die Amerisionsbestrebungen gewisser Kreise in Deutschland. Zur Erörterung der U-Boot-Frage hielt er in Uebereinstimmung mit einem bereits im vorigen Jahre von der Fraktion gefassten Beschluß den preussischen Landtag nicht für zuständig. Nach einigen etatsmäßigen Betrachtungen entwickelte unser Redner dann in großen Umrissen ein innerpolitisches Reformprogramm, er skizzierte die Aufgaben, die ihrer Lösung nach dem Kriege harren, um im Anschluß daran der Forderung Ausdruck zu verleihen, daß zu ihrer Lösung nur ein auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählter Landtag berufen sei und deshalb die Wahlreform noch vor dem Kriege durchgeführt werden müsse.

Hierauf wurde der Etat der verstärkten Haushaltskommission überwiesen.

Nach Beratung einiger Initiativanträge verlagte sich das Haus auf Sonnabend. Auch dann stehen wieder Initiativanträge auf der Tagesordnung.

Spaltung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion schloß am Freitag nach der Plenarsitzung folgenden Beschluß:

„Genosse Adolf Hoffmann hat bei der Generaldebatte über den Etat entgegen dem Beschluß der Fraktion namens der Genossen Paul Hoffmann, Hofer, Ströbel, und Adolf Hoffmann das Wort ergriffen, um die Rede des von der Fraktion bestimmten Redners in offener Parlamentssitzung zu bekämpfen. Mit diesem gegen die elementarsten Grundregeln parteigenössischer Zusammenarbeitens im Parlament verstoßenden Vorgehen haben die genannten Genossen sich von der sozialdemokratischen Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses getrennt und die aus der Fraktionszugehörigkeit sich ergebenden Rechte verwirkt.“

Der Beschluß der Landtagsfraktion ist die selbstverständliche Folge des unerhörten Vorgehens von Adolf Hoffmann. Festgehalten verdient zu werden, daß der Anstoß zur Trennung von der Partei der Arbeitsgemeinschaft ausgegangen ist und daß sich der Anwalt Adolf Hoffmann gerade gegen den Genossen Paul Hirsch richtete, der bis zu allerletzt für die Einheit der Partei eingetreten war.

Die Abg. Adolf Hoffmann, Paul Hoffmann, Ströbel und Hofer haben dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses mitgeteilt, daß sie aus der sozialdemokratischen Fraktion ausgeschieden sind und eine neue Fraktion mit der Bezeichnung: „Sozialdemokratische Fraktion alter Richtung“ gebildet haben.

Das Alter dieser neuen Fraktion stammt freilich erst aus der Zeit, in der auf einer gewissen Seite Skandalhucht und Bruch der Fraktionsdisziplin Mode geworden sind.

Prof. Förster über die Entente-Antwort.

Der Münchener Professor W. Förster, der wegen seiner Versuche, den Weltstreit objektiv zu bewerten, heftige Angriffe von nationalisticcher Seite erfuhr, schreibt zur Entente-Antwort in der „Neuen Züricher Zeitung“:

Endlich merkt man in der ganzen Art der Anklage, daß man sich auf jener Seite niemals Hor gemacht hat, wie die deutsche und in der ganzen Weltgeschichte noch nicht dagewesene Perspektive, daß ein waffenstarkes Volk zutretend ausgehungert werden soll wie ein Döhlentier, bis es schließlich mit hängender Zunge schweißwedelnd herauskriecht — wie diese Perspektive von Anfang des Krieges an auf die Seele des deutschen Volkes wirken mußte. Wer die Herstellung der Gerechtigkeit als sein Ziel aufstellt, der kann sich denn doch unmöglich von all den vorgehenden Erwägungen einfach dispensieren — tut er es dennoch, so wird seine Gerechtigkeit zur abstrakten Phrase, hinter der dann letzten Endes doch nur bloße Interessen und Machtpolitik stehen.

Professor Förster bedauert es, daß die Noten der Entente zu einer großen Verstärkung der alldeutschen Elemente führten. Dieses Bedauern teilen wir. Es war ja schon immer so, daß die Ueberwachen in allen Ländern zwar den eigenen Völkern gehobelt, sich aber gegenseitig geholfen haben.

Gekränkter Männerstolz.

Folgender Zuschrift geben wir mit Vergnügen Raum: Die Unterstellung des Mannes unter die Frau bereitet den Helden des Deutschen Bundes gegen die Frauenemanzipation das höchste Angst-

gefühl, welches ihnen wieder einen ihrer tragikomischen Ergriffe auspreßt.

Der D. V. gegen die Frauenemanzipation, (warum nennt er sich übrigens, als durchweg alldeutsch gefärbt, nicht lieber D. V. gegen die Frauenbefreiung? das klingt deutscher und ist gemeinverständlicher), hat sich hilfesuchend an 85 gleichgesinnte Körperschaften aus allen Teilen des Reiches gewandt, den Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband, Alldeutsche Turnvereine, Philologen- und Lehrervereine, Eisenbahnen-, Post- und Telegraphen- und sonstige Beamtenverbände, die nicht durch ihre männliche Kraft und Leistungsfähigkeit, sondern hinter dem sicheren Schilde staatlicher Ansehlichkeit den Wettbewerb weiblicher Berufscollegen von sich fernhalten streben. An der Spitze dieses tapferen „Fähnleins der 85 Aufrechten“ marschiert der Bund gegen die Frauenbefreiung vor die hohen Häuser des Reichstages, des preussischen Abgeordneten- und Herrenhauses und heischt eine grundsätzliche gesetzliche Bürgschaft für die (offenbar im innersten Bewußtsein der Herren gar nicht so sicher fundamentierte) männliche Ueberlegenheit und eine ebensolche gesetzliche Gewährleistung des unverbrüchlichen Vorranges auf die gutbezahlten Anstellungen in Staats-, Gemeinde- und Privatbetrieben, nämlich:

1. Das Hohe Haus wolle auf den Erlaß einer gesetzlichen Bestimmung hinwirken, wonach überall, wo männliche und weibliche Beamte zusammenarbeiten, eine amtliche Unterstellung der Männer unter Frauen ausgeprochen werden darf, nach welcher kein männlicher Beamter gezwungen werden darf, sich einem weiblichen Vorgesetzten zu unterstellen.

2. Das Hohe Haus wolle dahin wirken, daß nur so viel weibliche Beamte im Staats- und Gemeinbedienst zur Anstellung zugelassen werden, als wegen dauernden Mangels männlicher Kräfte notwendig sind, daß aber jede Verdrängung der männlichen Beamten durch weibliche Hilfsarbeiter aus der Kriegszeit vermieden und den heimkehrenden Kriegern — auch den Privatangestellten in Handel, Industrie und Landwirtschaft, — die Anstellungs- und Erwerbsmöglichkeit und damit die der Familiengründung durch weibliche Konkurrenz nicht verkleinert werde.“

Mit der Gebärde edlen Schmerzes über unbediente Kränkung der durch die „Quantität“ allerdings imponierenden Zahl der Wittsteller weist der enttäuschte Bund in einer Pressemitteilung durch die „Deutsche Journalpost“ auf das traurige Los hin, welches ihnen das preussische Herrenhaus durch „glatte Zurückweisung“ bereitet:

„Angesichts der gewaltigen Verteilung der deutschen Beamtenkraft an dem gegen die herrschende feministische Richtung sich wendenden Protest darf man wohl die Frage aufwerfen, ob die glatte Zurückweisung der Wittskriter durch das Preussische Herrenhaus am 13. Dezember d. J. nicht geradezu eine Kränkung der Beamtenkraft bedeutet. Die vorliegende Frage ist von so einschneidender Bedeutung, daß sie in solch summarischer Weise nicht erledigt werden kann. Es bleibt die Hoffnung und Erwartung, daß die Regierung selbst sich des Staues ihrer männlichen Beamten künftig mit aller Entschiedenheit annehmen werde.“

Es ist gut, daß der Bund durch die Mitteilung dieser traurigen Erfahrung deren Kunde selbst verbreitete, die sonst vielleicht gar nicht in weitere Kreise gedrungen wäre. Wir wollen aber von Herzen hoffen, daß der Reichstag die selbe sachliche Entscheidung trifft und empfehlen dem Bunde und seiner heldischen Gefolgschaft, sich auch wiederholten schmerzlichen Schicksalschlägen mit männlicher Würde gegenüberzustellen.

Dr. Anita Augsburg.

Seil deutscher Zukunft!

Eine Entdeckung, deren Unterbleiben furchtbare Folgen für den Ausgang des Weltkrieges hätte haben können, hat der Rechtsanwalt Dr. Bezoldi in Plauen gemacht. Er traf die erschlatternde Feststellung, daß das Verzeichnis des schweizerischen Anwaltsverbandes, das im Amtszimmer des Landgerichts Plauen i. R. aushängt, die französische Sprache vor der deutschen gebraucht und den Vorstand des schweizerischen Anwaltsverbandes gar nur in französischer Sprache aufführt. Das hat ihn entflammt, folgenden wichtigen Brief gegen den schweizerischen Anwaltsverband zu schreiben:

Als deutscher Anwalt erbeide ich gegen diese Zurücksetzung der deutschen Sprache schärfsten Einspruch. Wir Deutsche haben ein Recht darauf und wir erwarten, daß nach dem Deutschen Reiche (7) zum mindesten an erster Stelle die deutsche Sprache steht, wenn Sie uns mit den Sprachen der Franzosen und Italiener durch Haus beglücken wollen.

Seil deutscher Zukunft!

Mit deutschem Gruß

Rechtsanwalt (gez.) Dr. Bezoldi.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ sind über dies Schreiben entzückt und drücken es ab. Auch wir meinen, daß Dr. Bezoldi erheblich für das deutsche Ansehen bei den Neutralen gewirkt hat, in welchem Sinne, bleibe dahingestellt.

Der bayerische Zentrumstreit.

Zu der am 21. Januar stattfindenden Reichswahl bringt das Blatt der katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands, der „Arbeiter“, in seiner Nummer vom 18. Januar die folgende Aufforderung:

„Arbeiter! Zentrumswähler! Keine Stimme für den liberalen Hofrat Kroher! Bleibt am Wahltag zu Hause oder gebt weiße Fettel ab!“

Der „liberale“ Hofrat ist bekanntlich der von der Vertrauensmännerversammlung der Zentrumspartei aufgestellte Bürgermeister von Ingolstadt, der erst nach der Aufstellung sich der Zentrumspartei anschloß.

Der Bundesrat hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, dem vom Reichstag angenommenen Entwurf eines Gesetzes, betreffend Auskunftserteilungen über Kriegsverordnungen die Zustimmung nicht zu erteilen. Statt dessen hat der Bundesrat eine Verordnung über die Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften über wirtschaftliche Maßnahmen erlassen, wonach bei Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften, die auf Grund des § 3 des sogenannten Ermächtigungsgesetzes erlassen sind oder noch ergehen, der Einwand des unverschuldeten Irrtums über das Bestehen oder die Anwendbarkeit der übertrittenen Vorschrift zugelassen wird.

Die deutsch-türkischen Verträge.

Konstantinopel, 19. Januar. „Tanin“ zufolge sind die zwischen der Türkei und Deutschland abgeschlossenen Uebereinkommen in türkischer und deutscher Sprache abgefaßt. Die Ausfertigung in französischer Sprache ist dazu bestimmt, für den Fall von Meinungsverschiedenheiten herangezogen zu werden. Die Uebereinkommen werden den Parlamenten in beiden Sprachen unterbreitet werden. Der neu türkisch-deutsche Handelsvertrag befindet sich im Stadium der Verhandlungen.

Ausgleich ohne Tisza?

Wie das Wiener „Fremdenblatt“ erfährt, werden die in Budapest geführten Verhandlungen über den Ausgleich mit Ungarn demnächst fortgesetzt werden. Nachdem einige der noch schwebenden Meinungsverschiedenheiten beigelegt werden konnten, läßt sich erhoffen, daß über die noch offenen Punkte in absehbarer Zeit eine Einigung erzielt werden können.

Nach einer Meldung des Budapesters „Az Est“ hat der Kaiser dem Grafen Johann Bichu und den früheren Ministerpräsidenten Bekerele in Audienz empfangen. An dieses Ereignis werden weitgehende Kombinationen geknüpft.

Reichstagsausschuß für die Ausführung des Hilfsdienstgesetzes.

Das Verfahren vor den Ausschüssen.

Das Kriegsamt hat der Reichstagskommission die Anweisungen für das Verfahren bei den auf Grund des Hilfsdienstgesetzes gebildeten Ausschüssen vorgelegt. In der Sitzung am Freitag kam es zunächst zu einer Auseinandersetzung darüber, inwieweit die Beschlüsse der Kommission, die sich nicht auf die im Gesetz vorgesehene Zustimmung zu allgemeinen Verordnungen, sondern auf Anweisungen beziehen, die auf Grund von Bundesratsverordnungen erlassen sind, für das Kriegsamt bindend sein können. General Gröner erklärte, daß diese Beschlüsse des Ausschusses nicht bindend sind, und der Vorsitzende, Abg. Gotheim, stellte fest, daß in diesen Fragen der Ausschuß lediglich seine Wünsche in Form von Beschlüssen äußern kann.

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission haben zu den Anweisungen eine große Anzahl Abänderungsanträge eingebracht. Zur Zuständigkeit des Ausschusses wird ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, wonach bei Beschwerden zuständig sein soll der Schlichtungsausschuß, in dessen Bezirk der Hilfsdienstpflichtige die der Beschwerde zugrundeliegende Beschäftigung ausübt oder ausgeübt hat, oder der Ausschuß, in dessen Bezirk das Unternehmen liegt, von dem der Hilfsdienstpflichtige beschäftigt wird. Der § 6 der Anweisungen handelt von der Pflicht der Verschwiegenheit für die Mitglieder der Ausschüsse. Hier war von sozialdemokratischer Seite beantragt: „Die Verschwiegenheit erstreckt sich nicht auf die Berichte über die Verhandlungen.“ Nach längerer Debatte wurde das als selbstverständlich erklärt. Eine entsprechende redaktionelle Änderung des § 6 wurde daraufhin vorgenommen.

Der § 7 behandelt das Recht, Vorsitzende und Mitglieder der Ausschüsse wegen Besorgnis der Befangenheit abzulehnen, wenn Tatsachen vorliegen, die Mißtrauen in ihre Unparteilichkeit rechtfertigen. Hier beantragten die Sozialdemokraten, hinter „Mitglieder der Ausschüsse“ einzufügen: „Nach § 5 des Gesetzes und die Vorsitzenden in den Ausschüssen nach §§ 7 und 9 des Gesetzes.“ Namens der Antragsteller führte Abg. Bauer (Soz.) aus, soweit § 7 oder 9 des Gesetzes in Frage kommt, kann ein Ablehnungsrecht nicht ohne weiteres zugestanden werden, sonst werden diese Ausschüsse nie richtig arbeitsfähig werden. Eine Ablehnung soll nur zulässig sein in den Fällen der §§ 4 und 7 des Gesetzes.

Nach längerer Diskussion, in der sich vor allen Dingen Unterstaatssekretär Richter gegen den Antrag wandte, wurde der Antrag abgelehnt. Ebenso wurde ein Antrag Dittm ann abgelehnt, den Satz zu streichen: „Der Antrag ist ohne weiteres zurückzuweisen, wenn er offensichtlich zum Zwecke der Verschleppung gestellt wird.“

Der § 12 der Vorlage betrifft die Vorbereitung des Verfahrens. Hierzu war von sozialdemokratischer Seite ebenfalls ein Antrag gestellt, und schließlich erhielt durch ein Kompromiß der § 12 folgende Fassung:

„Der Vorsitzende bereitet das Verfahren so weit vor, als es erforderlich ist, um dem Ausschusse oder der Zentralstelle eine schnelle Entscheidung zu ermöglichen. Er kann Ermittlungen jeder Art anstellen, insbesondere amtliche Auskünfte, schriftliche Erklärungen und Sachverständigen-Gutachten einholen; beteiligte Zeugen und Sachverständige durch ersuchte Behörden vernehmen lassen; die Vorlegung von Geschäftsbüchern oder sonstigen Urkunden anordnen. Die Entscheidungen können ohne mündliche Verhandlung ergehen. Ist mit Zweidrittelmehrheit eine Verhandlung beschlossen, so hat sie der Vorsitzende anzunehmen.“

Die Sozialdemokraten beantragten dann ferner, einen § 12a einzufügen, folgenden Wortlaut: „Beschwerden nach §§ 9 und 13 des Gesetzes müssen innerhalb einer Woche nach ihrer Anhängigmachung im mündlichen Verfahren vor dem Ausschusse erledigt werden, wenn nicht vorher eine Verständigung erfolgt oder die Beschwerde zurückgezogen wird.“ Ueber diesen Antrag entspann sich eine lange Debatte. Schließlich einigte man sich auf folgende Fassung:

„Der Ausschuß soll über die Beschwerden nach § 9 verhandeln und darüber innerhalb einer Woche entscheiden, wenn nicht vorher eine Verständigung erfolgt oder die Beschwerde zurückgezogen wird.“

Der § 14 bestimmt: „Ist mündliche Verhandlung angeordnet, so kann die Entscheidung auch beim Ausbleiben der Sozialdemokraten, anzufügen: „Erscheint bei einer Verhandlung nach § 9 des Gesetzes der Arbeitnehmer nicht, so ist dem beschwerdeführenden Arbeitnehmer der Ablehnschein auszustellen; erscheint der Arbeitnehmer nicht, so ist seine Beschwerde erledigt. Erscheint einer der beiden Teile in einem Streitfall nach § 13 des Gesetzes zur mündlichen Verhandlung nicht oder weigert sich zu verhandeln, so ist trotzdem eine Entscheidung zu treffen.“ In der Begründung wurde von den Antragstellern darauf hingewiesen, daß in Berlin bestehende Schlichtungskommission mitunter in drei bis vierwöchigen Sitzungen oft 60 Sachen zu erledigen hat. Das geht nur, wenn das Verfahren ganz einfach gestaltet wird. Zudem handelt es sich bei diesen Dingen nicht um Vermögensverlust. Läßt man aber eine Wiederaufnahme der Sache zu, dann zieht sich die Entscheidung ungebührlich in die Länge. Der sozialdemokratische Antrag wurde schließlich abgelehnt.

Die weitere Debatte drehte sich um die Frage, ob die Ausschüsse gegen ausgebliebene Zeugen oder Sachverständige Ordnungsstrafen verhängen dürfen. Der Ausschuß war darüber einig, daß dies nur bei Uebereinstimmung zwischen Bundesrat und Reichstagsausschuß möglich ist. — Das Kriegsamt hat die Absicht, die Oeffentlichkeit für die Verhandlungen der Ausschüsse auszuschließen. Die Sozialdemokraten erheben dagegen lebhaften Einspruch, die Arbeiterschaft hat ein großes Interesse an der Oeffentlichkeit der Verhandlungen. Das Zentrum empfiehlt in Fällen der Erörterung von Betriebsgeheimnissen, den Ausschluß der Oeffentlichkeit zuzulassen. Schließlich einigte man sich dahin, daß der Vorsitzende einzelnen Personen den Zutritt zu den Verhandlungen gestatten kann.

§ 21 sieht vor, daß die Beteiligten sich des Bestandes bevollmächtigter Vertreter bedienen können. Die Sozialdemokraten wollen die Zulassung von Vertretern auf die Ausschüsse nach § 4 und nach § 7 beschränken. Die Tendenz des Antrags geht dahin, daß bei Streitigkeiten aus § 9 (Lohn- und Arbeitsstreitigkeiten) die Beteiligten persönlich amwesend sein müssen, weil dadurch eine Verständigung erleichtert wird. Es solle verbleiben, daß Rechtsanwälte als Vertreter vor den Ausschüssen auftreten. Der Antrag wird abgelehnt.

§ 24 bestimmt die Form der Entscheidungen. Die Sozialdemokraten beantragten, eine schriftliche Ausfertigung nur dann zu geben, wenn sie zur Durchführung der Entscheidung not-

wendig ist. Der Antrag wird angenommen. Im § 34 wird auf Antrag der Sozialdemokraten die Vorschrift gestrichen, wonach der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses den Arbeitgeber zu einer Erklärung über eine erhobene Beschwerde aufzufordern hat.

Der § 35 wollte, daß an Sitzungstagen des Schlichtungsausschusses Beschwerden sofort mündlich zur Entscheidung vorgebracht werden können. Einem Antrag der Sozialdemokraten entsprechend wird der Paragraf gestrichen.

§ 39 legt dem Schlichtungsausschuss die Pflicht auf, auf Verlangen der Militärbehörde festzustellen, ob die Aufhebung des Arbeitsverhältnisses durch das Verhalten des Beschäftigten verschuldet worden ist. Die Abgeordneten Dittmann und Bauer äußern schwere Bedenken gegen eine detaillierte Bestimmung, in der eine Drohung mit dem Schlingengraben erbildet werden könne. Am besten sei es, diesen Paragrafen zu streichen. Auf Anregung des Abg. Ebert erklärt General Gröner, daß der Ausschuss als unparteiische Instanz entscheiden soll, ob sich der Reklamierende böswillig der Arbeit entzieht. Der Ausschuss soll auch entscheiden, ob der Reklamierende einem anderen Betriebe zu überweisen ist. Abg. Ebert stellt einen entsprechenden Antrag, der angenommen wird. — § 40, nach dem der Militärbehörde von jeder Einleitung eines Schlichtungsverfahrens, an dem Reklamierende beteiligt sind, Mitteilung gemacht werden sollte, wurde gestrichen.

Damit waren die Beratungen über die Bestimmungen erledigt. General Gröner machte dann noch längere Ausführungen über weitere Maßnahmen, die das Kriegsamt in Aussicht genommen hat.

Steuererklärungen.

Die Steuerberatung scheint in diesem Jahre ganz besonders gründlich zu geschehen. Wir erhalten zahlreiche Mitteilungen, daß von den Vorsitzenden der Veranlagungskommissionen besondere Auforderungen zur Abgabe einer Steuererklärung herausgeschickt sind. Da wir mehrfach um Aufschub über die Rechtslage gebeten sind, stellen wir sie im Nachstehenden wie folgt fest:

Die Veranlagung der Steuerpflichtigen erfolgt im allgemeinen durch die Veranlagungskommissionen, die für die einzelnen Veranlagungsbezirke gebildet sind. Bei Steuerpflichtigen mit einem Einkommen bis zu 3000 M. geht der Veranlagung eine Vereinfachung durch besondere Vereinfachungskommissionen voraus, welche letztere für jeden Gemeinde- bzw. Ortsbezirk gebildet sind. Sie schlägt an der Hand der Steuerliste den zu veranlagenden Steuerpflichtigen vor. Die Steuerliste ist vom Gemeindevorstand aufzustellen.

Wer andere Personen dauernd gegen Gehalt oder Lohn beschäftigt, ist verpflichtet, über dieses Einkommen, sofern es den Betrag von jährlich 3000 M. nicht übersteigt, der Behörde auf deren Verlangen binnen einer Frist von mindestens zwei Wochen Auskunft zu erteilen. Diese Vorschrift richtet ihre Schärfe lediglich gegen die Arbeiter und alle Angestellten mit einem Lohn oder Gehalt bis zu 3000 M. Eine ihnen entsprechende Verpflichtung für die Meideren, auch über die Geschäftsbücher usw. den Behörden für Steuerzwecke vorzulegen, besteht nicht. Zwar kann die Behörde die Vorlage der Bücher fordern, wenn der Betroffene sie jedoch nicht vorlegen will, fehlt jedes Mittel, ihn dazu zu zwingen. Die Verpflichtung des Arbeitgebers zur Angabe des Lohnes ist jedoch durch Strafvorschrift wirksam gemacht.

Diese Verpflichtung der Arbeitgeber zur Auskunftserteilung über die Löhne ist eines der Mittel, durch welche sich der Gemeindevorstand über alle Tatsachen, Verhältnisse und Merkmale für die Beurteilung der Einkommensverhältnisse der schließlich in die Steuerliste aufzunehmenden Personen informieren soll.

Nach der Vorveranlagung der Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von nicht mehr als 3000 M. durch die dazu berufenen Kommissionen prüft der Vorsitzende der Veranlagungskommission die Steuerfrage und legt sie fest, sofern er sie nicht beanstandet. Im letzteren Falle legt die Veranlagungskommission die Steuer fest. Das geschieht auch bei allen Steuerpflichtigen mit einem steuerpflichtigen Jahres Einkommen von mehr denn 3000 M. für deren Steuerfrage macht der Vorsitzende die Steuerentscheidung. Als Grundlage dient die Steuererklärung. Eine solche Steuererklärung hat jeder bereits mit einem Einkommen von mehr als 3000 M. zur Steuer Veranlagung auf schriftlich durch öffentliche Bekanntmachung ergebende Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung innerhalb einer auf mindestens zwei Wochen zu bemessenden Frist auf vorgeschriebenem Formular bei dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission schriftlich oder zu Protokoll unter der Versicherung abzugeben, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind.

Solche Steuerpflichtigen, die zur Zeit des Erlasses der öffentlichen Bekanntmachung entweder überhaupt nicht oder doch nur mit einem Einkommen von höchstens 3000 M. zur Steuer veranlagt sind, sind zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet, sobald sie hierzu vom Vorsitzenden der Veranlagungskommission aufgefordert werden.

Wer die ihm obliegende Steuererklärung nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist abgibt, hat neben der schließlich endgültig festgesetzten Steuer einen Zuschlag von 5 Proz. zu derselben zu zahlen. Wer dann die Steuererklärung nicht längstens innerhalb zwei Wochen nach einer nochmaligen an ihn zu richtenden Aufforderung abgibt, hat einen weiteren Steuerzuschlag von 25 Proz. zu entrichten.

Die Festlegung des Zuschlages steht der Regierung zu, gegen deren Entscheidung innerhalb 4 Wochen die Beschwerde an das Finanzministerium zulässig ist. Nur wenn besondere Umstände die Veräumlichung entschuldigen machen, unterbleibt die Festlegung des Zuschlages.

Bestehen gegen die Angaben einer Steuererklärung Bedenken, sind sie dem Steuerpflichtigen mitzuteilen, der sie klären oder Beweismittel für seine Angaben beizubringen hat. Die vom Steuerpflichtigen angebotenen, an sich zulässigen Beweise müssen erhoben werden, soweit die unter Beweis gestellten Tatsachen für die Veranlagung erheblich sind und nicht ohnehin als richtig angenommen werden.

Das Ergebnis der Veranlagung hat der Vorsitzende der Veranlagungskommission jedem Steuerpflichtigen mittels einer, zugleich eine Belehrung über die zulässigen Rechtsmittel enthaltenden Zuschrift bekanntzumachen. Ueber die Rechtsmittel werden wir später berichten, wenn die Veranlagungen heraus sind.

Wer wesentlich falsche Angaben über das steuerpflichtige Einkommen macht oder solche deckelt, wird, wenn der Staat dadurch beeinträchtigt ist oder beeinträchtigt werden sollte, mit dem vier- bis zehnfachen Betrage der Verklärung des Staates, mindestens aber mit einer Geldstrafe von 100 M. bestraft. An die Stelle dieser Strafe tritt eine Geldstrafe von 20 bis 100 M., wenn aus den Umständen zu entnehmen ist, daß die unrichtige oder unvollständige Angabe oder die Verschweigung steuerpflichtigen Einkommens zwar wesentlich, aber nicht in der Absicht der Steuerentziehung erfolgt ist. Straffrei bleibt, wer seine Angaben an zuständiger Stelle berichtet oder ergänzt, wenn eine Anzeige gegen ihn erfolgt oder eine Untersuchung eingeleitet ist. Er muß dann aber die vorenthaltene Steuer in der ihm gesetzten Frist entrichten.

Wenn jetzt vielfach die besondere Aufforderung zur Abgabe der Steuererklärung ergeht, dürfte das in solchen Fällen geschehen, in denen die Veranlagungskommission sowie dessen Vorsitzender auf die Annahme gekommen ist, daß ein höheres Einkommen wie 3000 M. zu verzeichnen ist. Wo ein solches Einkommen besteht, fehlt die Pflicht des Arbeitgebers zur Auskunft über das Gehalt oder den Lohn des Steuerpflichtigen. Deshalb muß die Behörde auf diesem Wege zu einer genauen Ermittlung des Einkommens zu gelangen. Die Vereinfachung dazu ist im Gesetz gegeben.

Aus Groß-Berlin. Papier.

Nüchlich fällt Dir auf die Kerben
(daß Du, wenn auch nutzlos, tobt)
Die Gesellschaft für Konserven,
Die Gesellschaft für das Obst;

Die Gesellschaft für die Zette,
Die auch die auf Zucker laut,
Und die ganz besonders nette,
Jene für das Sauerkraut.

Die Gesellschaft für die Knollen,
Für das Vieh etcetera,
Die Gesellschaft für die Vollen,
J. E. G. und R. E. A.

Alle regeln, alle bleiben
Im Erwägen immerzu,
Sie verordnen und sie schreiben
Ohne Raft und ohne Ruh.

Hilft's, daß hundert sanfte Räte
Täglich nur die Sorge plagt,
So zu tun, als ob man täte,
Was man doch zu tun nicht wagt?

Bringt es Dir nur einen Taler,
Oder wirft Du satt vielleicht,
Wenn der Kriegs-Ge-em-be-haler
Waffenhaft Papier erzeugt?

Dies Papier führt allertwegen
Jeder Interessententkreis
Nichtbewußt dem Zweck entgegen,
Den er dafür nützlich weiß.

Und Herr Bernuth, wehmützig,
Sieht sich nach Vatoek um.
Der erwidert feinerseitig:
Tja! Gewiß — insofern — hum ...

Gregers Werk.

Kohlennot und Brotmangel.

Die erneut eingetretene scharfe Kälte läßt die Kohlennot noch unerträglich erscheinen. Die Ursache ist zweifellos kein Produktionsmangel, sondern das Verlangen der Zufuhr zu den Verbrauchszentralen, und in den Städten wiederum das Verlangen der Abfuhr. Die Organisation der Detailisten und Gewerbetreibenden Berlins hat dem Reichsanwalt eine Eingabe übermitteln, worin gesagt wird, es stehe fest, daß an den Produktionsorten der Braunkohle, die vorherrschend für die ärmeren Verbraucher in Frage komme, über große Vorräte liegen; die mangelhafte Versorgung beruhe auf dem Fehlen der Transportmittel. Der Schlichterverband fordert außerordentliche Maßnahmen:

Ohne Schaden für die Kriegführung können aus dem zivilen Verkehr im Bereich des Verkehrsabchnittes Brandenburg und Sachsen, das heißt aus dem Berliner Orts-, Vororts- und Mittelfernverkehr 30 bis 40 Lokomotiven herausgezogen werden; wenn keine Kohlentropfen vorhanden, dann müssen eben Personenzüge dritter und vierter Klasse vermindert werden. Der Mangel an menschlichen Arbeitskräften muß durch das Kriegshilfsgesetz befreit und zur Fortschaffung von den Bahnhöfen nach den Lagerplätzen Militärtruppe freigegeben werden. Werden die hier vorgeschlagenen Maßnahmen durchgeführt, dann tritt sofort eine Milderung ein, und die Kohlennot ist in zirka zehn Tagen vollständig gehoben. Angesichts der Verhältnisse darf die Regierung vor einer zeitlichen Einschränkung des Personenverkehrs nicht zurückweichen. Kot kennt kein Gebot, und hier ist das höchste Gebot, eine große Kot zu befeitigen.

Wie berichtet wird, haben „bereits“ Verhandlungen mit der Heeresverwaltung stattgefunden, die jetzt eine größere Anzahl Kohlenarbeiter und Fuhrwerke vorübergehend zum Kohlentransport freigeben will. Von anderer Seite wird mitgeteilt, daß die Absicht, Kohlensonderzüge nach Berlin einzurichten, infolge Ueberfüllung der Berliner Bahnhöfe nicht in vollem Maße verwirklicht werden konnte. Das Kriegsamt habe einigen Großfirmen Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt.

Die Kalamität ist schon so alt — sie war im Herbst schon sehr fühlbar — daß man sich wundern muß, daß die verantwortlichen Stellen immer noch herumprobieren. Kohlennot im härtesten Winter und in der geographischen Lage Berlins verlangt doch heizigen Abhilfe.

Zu der Frage des Brotmangels, die wir gestern ausführlich behandelten, vertritt eine Korrespondenz die Ansicht, daß die Brotpreiserhöhung und die Schrippenverteilung die Ursache sei:

Die Folge dieser Maßnahme war, daß die Wälder aus wirtschaftlichen Gründen das aus 85 Proz. Roggenmehl und 15 Proz. Weizenmehl gemischte Brotmehl vielfach zu Zwiebacken, Kuchen und Schrippen verwenden, weil sie bei dem hohen Weizenmehlpreis nicht auf ihre Kosten kommen zu können glauben. Sie verdrängen daher bei weitem nicht mehr so viel Weizenmehl wie früher. Die Folge war ferner, daß viele Gemeinden Groß-Berlins in letzter Zeit mit Weizenmehl überflutet wurden und in Weizenmehl erstickten, so daß die Weizenmehlmehlfeste Groß-Berlin jetzt genötigt ist, das überschüssige Weizenmehl gegen Weizenmehl umzutauschen. Das ganze System ist falsch!

Von anderer Seite war das enorme Auchenbaden zu Weihnachten und Neujahr als Ursache der plötzlich auftretenden Brotnot bezeichnet worden. Wir müssen sagen, daß die weit überwiegende Mehrzahl der Berliner Einwohnerschaft schlechterdings nicht begreift, daß man nicht längst die Auchen- und Tortenbäckerei verboten hat, um das Brotquantum mit dem dadurch gewonnenen Mehl zu erhöhen. Bei der Auchen- und Tortenbäckerei werden auch andere wichtige Nahrungsmittel dem normalen Verbrauch entzogen.

Speisenknappheit bei der Volksspeisung.

Der im „Vorwärts“ (in Nr. 12 vom 13. Januar) mitgeteilte Fall, daß bei der Berliner Volksspeisung am Donnerstag voriger Woche die Speisenausgabestellen in der Kommandantenstraße keine Speise für alle gemeldeten Teilnehmer hatte, steht leider nicht vereinzelt da. Aus mehreren uns zugegangenen Beschwerden ersehen wir, daß an demselben Donnerstag auch bei den Ausgabestellen in der Danziger Straße und in der Müllerstraße die Knappheit der Speisen zu verdrücklichen Ausritten führte.

In der Danziger Straße mußte, als noch lange nicht alle Wartenden betrieblig waren, die Kassiererin eingestehen, daß Essen sei „alle geworden“. Der Mangel an Essen wurde der Küche in der Treppenstraße zur Last gelegt, die zu wenig geliefert habe, und die noch wartenden Frauen erhielten den Rat, selber nach der Treppenstraße zu gehen

und dort Essen zu fordern. Zu der Treppenstraße aber lautete der Befehl, die Ausgabestelle habe genug Portionen gehabt, sie hätte nur richtig damit wirtschaften sollen. Den Frauen nun in der Küche sofort das ihnen zukommende Essen zu geben, wurde abgelehnt. Zunächst mußte den Schulkindern ihr Mittagessen aufgetischt werden, dann erst würde sich zeigen, ob etwas drüber bliebe. Diejenigen Frauen, die noch länger warten konnten, hatten schließlich das Glück, nach harter Geduldprobe noch Essen zu kriegen. Andere, denen es so lange dauerte, mußten mit leeren Töpfen heimgehen. Es läßt sich verstehen, daß sie über diese Unzulänglichkeit der Volksspeisung in große Erregung gerieten. Da das Essen für eine ganze Woche vorausbestellt werden muß und voraus auch die Fleisch- und die Kartoffelarten gekürzt werden, so kann Speisemangel bei denjenigen, die leer ausgehen, in die unangenehmste Lage bringen. Essen ist für sie nicht mehr da, aber auch ihre Kartenabschnitte sind sie los — nun mögen sie sehen, womit sie ihren Hunger stillen. Gestagt wird übrigens auch darüber, daß in der letzten Zeit den Speisenden weniger Kartoffeln beigegeben worden seien. Man empfindet es als Benachteiligung, daß die Menge der mit dem Speisenden gelieferten Kartoffeln geringer sei, als nach der Zahl der hingegebenen Kartenabschnitte erwartet werden dürfte.

Bei der Ausgabestelle in der Müllerstraße, wo gleichfalls schon am Donnerstag voriger Woche sehr viele kein Essen mehr erhalten konnten, wiederholte sich das am Dienstag dieser Woche. Nachdem die Dampfröhre lange auf dem Hof gestanden und arg gefroren hatten, mußten sie hören, daß schon wieder das Essen nicht reichte. Wieder mußten viele sich mit leeren Töpfen auf den Heimweg machen, wobei einige der abgewiesenen Frauen, wie eine von ihnen uns schreibt, in Tränen ausbrachen. Ein Mann, der zu den Abgewiesenen gehörte, klagt uns, daß er mit seiner ganzen Familie ohne Mittagessen geblieben sei.

Es ist doch wirklich ein starkes Stück, daß diese Dinge sich in so kurzer Zeit wiederholen. „Das kann wohl einmal vorkommen“, schreibt eine der leer ausgegangenen Frauen, „aber es scheint zur Gewohnheit zu werden.“ Die Ausgabestelle, die zu den meistbesuchten in Berlin gehört und täglich einen starken Andrang zu bewältigen hat, leidet auch sehr darunter, daß sie von der weit entlegenen Küche der Zentralmarkthalle aus versorgt wird. Verzögerungen der Speisenspendung sind keine Seltenheit, und wir konnten selber bei einem Besuch der Ausgabestelle die Beobachtung machen, daß Hunderte auf dem Hofe in der Kälte lange warten mußten, weil das Essen erst um 1/2 eintraf. Das ist besonders unangenehm für Arbeiter und Arbeiterinnen, die in ihrer kurzen Mittagspause zur Speisenausgabe kommen, um ihr Essen so schnell dort zu verzehren.

Für Vereinfachung dieser Mängel und Mißgriffe sollte schleunigst gefogt werden. Andernfalls wird man sich nicht wundern dürfen, wenn viele sich von der Massenpeisung abwenden. Der Magistrat habe doch keine „Hungerkassen“ einrichten wollen, schreibt uns grimmig einer der Beschwerdeführer.

Lohnerhöhung bei der Großen Berliner Straßenbahn.

Infolge der gestern angefangenen Verhandlungen werden bei der Großen Berliner Straßenbahn folgende Lohnerhöhungen eintreten: Der Stundenlohn der Schaffnerinnen ist unter Fortfall der bisherigen Kriegszulagen auf 45 Pf. ab 21. Januar erhöht worden, daneben erhalten sie die Zulage von monatlich 6 M. für jedes Kind unter 15 Jahren weiter. Fahrerinnen bekommen ebenfalls unter Einbeziehung der Kriegszulagen bei acht Stunden Dienst 4,80 M. und wie bisher 60 Pf. Jahrgulage, mithin Tagesentlohnung 5,20 M. In ähnlicher Weise werden die Bezüge des gesamten Betriebspersonals mit durchschnittlich 10 M. auf den Kopf und Monat aufgebessert. Die bisher gewährte Kinderzulage von monatlich 5 M. wird allen Betriebsbediensteten weiter gezahlt. Die Ueberstunde wird für das Stammpersonal von 50 auf 70 Pf., für das Aussihlspersonal auf 60 Pf. erhöht.

Berliner Lebensmittelnachrichten.

Der Umtausch von Fleischkarten gegen Bezugscheine auf andere Lebensmittel (Graupen oder Grieß oder Teigwaren) findet für die neue am 22. Januar beginnende Fleischkartenperiode in der Zeit vom 22. Januar bis 24. Januar durch die zuständigen Volkswirtschaftskommissionen in deren Geschäftsräumen statt. Für eine Vollfleischkarte wird wieder ein Bezugschein auf 375 Gramm, für eine Kinderkarte ein solcher auf 200 Gramm Graupen oder Grieß oder Teigwaren ausgegeben. Ein Anspruch auf eine bestimmte Art dieser Waren besteht nicht. Die Ware kann in den 93 in den einzelnen Stadtteilen gelegenen, durch einen Aushang kenntlich gemachten Verkaufsstellen gegen Abgabe des für die betreffende Woche gültigen Bezugscheins abgeholt werden. Zum Umtauschen berechtigt sind diejenigen, die sich laut Bekanntmachung des Magistrats vom 30. September 1916 in die Listen der zuständigen Volkswirtschaftskommission eingetragen haben. Wer jetzt nachträglich, ohne diese Eintragung bewirkt zu haben, den Umtausch vorzunehmen wünscht, kann beim Magistrat, Abteilung für Lebensmittelversorgung, Stralauer Str. 3-6 unter Vorlegung der Fleischkarte einen entsprechenden Antrag stellen.

Nach einer soeben erlassenen Bekanntmachung des Magistrats Berlin entfallen auf Abschnitt 18 der Lebensmittelkarte 100 Gramm Teigwaren. Die Abschnitte sind am 20., 22. und 23. Januar in den durch Verkaufsschilder gekennzeichneten Kleinhandelsgeschäften gegen Empfangsbescheinigung abzugeben. Die Ware wird dann etwa acht Tage nach Ablieferung der Kartoffelabschnitte bei den Kleinhändlern gegen Abgabe der erwähnten Empfangsbescheinigung zur Verfügung stehen.

Lebensmittel aus Holland. Es ist in letzter Zeit häufig vorgekommen, daß in Deutschland ansässige Leute nach Holland reisen, um dort Lebensmittel für den eigenen Bedarf einzukaufen und nach Deutschland mitzunehmen. Demgegenüber muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß Lebensmittel, deren Zufuhr aus Holland verboten ist, auch nicht in kleinen Mengen für den eigenen Bedarf mitgenommen werden dürfen. Bei etwaigen Verstößen, solche Lebensmittel auszuführen, wird das Gewerbe bestraft und ein Strafverfahren wegen verbotener Ausfuhr verbotener Artikel eingeleitet.

Besuch der Parlamentarier. Der Magistrat teilt mit: Die zu einer Zusammenkunft der Parlamentarier in der verhängenen Rache zum Besuch des Reichstages in der Reichshauptstadt eingetroffenen Präsidenten des österreichischen, ungarischen und bulgarischen Abgeordnetenhauses und der türkischen Deputiertenkammer: Dr. Schöner, Element von Simonis, Dr. Batschow, Dabji Habi Seh, werden mit ihrer Begleitung am heutigen Sonntag Gäste der Stadt Berlin sein. Sie werden vormittags eine Rundfahrt antreten und dabei städtische Bauwerke und Einrichtungen, darunter das Birkow-Krankenhaus, die Volksspeisung in der Zentralmarkthalle u. a. m. besichtigen. Sämtliche städtischen Gebäude werden wegen der Gäste flaggenstumm tragen.

Das Verbot des Waffentragens, das seit Kriegsausbruch besteht, wird vom Oberbefehlshaber in den Marken nochmals erneuert, da es vielfach nicht mehr beachtet wurde. Danach dürfen Zivilpersonen, die nicht kraft ihres Amtes Waffen zu führen berechtigt sind, nur dann Waffen tragen, wenn sie einen von der Ortspolizeibehörde ihres Wohn- oder Aufenthaltsortes ihnen erteilten Waffenschein bei sich führen. Ausgenommen ist das Tragen von Jagdwaffen durch Inhaber von Jagdscheinen. Der Verkauf von Waffen, Munition, Pulver und Sprengmitteln an Zivilpersonen ist verboten. Ausgenommen ist der Verkauf der Waffen und der dazu nötigen Munition an die Verhafteten. Es ist verboten, den Waffenschein anderen Personen zum Gebrauch zu über-

lassen oder von dem auf den Namen eines anderen ausgefertigten

Das Potsdamer Oberpräsidium soll von Potsdam verlegt werden.

Wiederkauf aus dem Kleinhandel ist Kettenhandel schwerer

Kriegerwitwen, denen aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges

Zwei weitere Zweigpostämter in Berlin werden für die Dauer

Ein Opfer ihres schwierigen Dienstes ist die bei der Eisen-

Auf den Spuren eines Hochstaplers.

Unter den Namen „Oberleutnant Otto Freiherr von Forster“

Rolle-Theater. Direktor Lauer Zerofal, welcher mit seinen Schülern

Die Somme-Schlacht im Film. Das Bild- und Filmmat

Aus den Gemeinden.

Verzögerung von Lebensmittelverkäufen in Neudän. Infolgedes

Verkauf seltener Heringe in Charlottenburg. Vom heutigen

Der Verkauf der Heringe erfolgt an die Inhaber der Haushalt-

Zustellung der Krankenkarten in Schneberg. In Schneberg

Wasserkunsterhaltungabend in Schneberg. Sonntag, den 21. Januar

in der Aula der Hörsaal-Schule, Bellers Str. 48/50, statt.

Lebensmittelnachrichten aus Briss. Bis zum 21. d. Mts. erfolgt

Glückliches Neujahr. Einen Heberisch von rund 46 000 M.

Mitgliederversammlung in Romawes. In der am Mittwoch

Lebensmittelnachrichten aus Romawes. Mit der Ausgabe neuer

Aus Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

In der Generalversammlung der Allgemeinen Berliner

Englische Anleihen.

Die Bank von England hat ihren Diskontsatz (prozentueller

Auch in den Vereinigten Staaten hat England eine neue An-

Alle diese Anleihen in Amerika sind von dem Wunsche diktiert,

Auch in Indien kauft England Gold. Die Ausgabebedingungen

Deffentliche Bewirtschaftung von Kohöl und Kerzen.

Zur Sicherstellung gleichmäßiger Verteilung und zur Ver-

geschloffen sind, war eine Ermächtigung des Reichsanwalters er-

Gerichtszeitung.

Lohnabzug für Benutzung einer Nähmaschine.

Vei der Kammer 1 des Berliner Gemerbezugsgerichts

Der Streit um den Gänselknochen. Wegen Kriegswaren hatte

Ein „unfreiwilliger Demonstrant“. Am 27. Juni 1916, als zum

Aus aller Welt.

Der Eisenbahnunfall auf dem Kölner Hauptbahnhof ist

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Wochenarbeiter

Alle Berlin 3: Mitgliederversammlung Sonnabend, 20. d. M.

Vorberandtschaft für das mittlere Norddeutschland die

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 18. Januar. Generalstabsbericht.
Mazedonische Front: Schwaches Geschützfeuer auf der ganzen Front. Südlich von Serres verlor eine feindliche Kompagnie vorzudringen, wurde aber durch Geschützfeuer vertrieben. Im Wardar-Tal und an der Struma Fliegertätigkeit von feindlicher Seite.
Rumänische Front: Feindliche Artillerie hat die Städte Jafcea und Tulcea beschossen, die untrige hat erwidert; in Tulcea sind fünf Frauen, ein Greis und vier Kinder getötet worden.

Sofia, 19. Januar. Von militärischer Seite werden dem Korrespondenten der Telegraphen-Union über die jüngsten Kämpfe in Rumänien nach folgende Mitteilungen gemacht: Die Russen konzentrieren ihre gesamten Streitkräfte für die Verteidigung des linken Flügels. Unsere Artillerie beschießt mit großem Erfolge die von Galatz sich abzweigenden Eisenbahnlinien. Auch die Freitagsanlagen und Schanzwerke von Galatz zwischen dem Sereth und dem Prates-See liegen ebenfalls unter Geschützfeuer.

Die feindlichen Heeresberichte.

Russischer Heeresbericht vom 18. Januar. Westfront. In der Gegend des Dorfes Sanovica südlich von Smorgan drangen unsere Erkundungsteile in feindliche Gräben ein, begannen dort ein Handgemenge und machten gegen 30 Deutsche mit dem Bajonett nieder. Zu gleicher Zeit sprengten unsere Pioniere drei Minenstellen. In der Gegend westlich des Dorfes Semerinka zerstörte unser Artilleriefeuer Deckungen des Feindes, der unser Feuer schwach erwiderte und nur einige Geschosse auf die Straße Kisteln-Plenoff schleuderte. In der Gegend des Dorfes Kriljka an der Dvina näherten sich etwa 100 Aufklärer unseren Feldposten. Nachdem dieser den Gegner ganz nahe hatte herantommen lassen, zwang er ihn durch konzentrisches Feuer zur Flucht und erbeutete von ihm zurückgelassene Ausrüstungsgegenstände und Waffen. In den Waldparpothen machte der Feind, nachdem er gegen 200 Geschosse abgefeuert hatte, einen Angriff auf eine Höhe 10 Werst südlich des Berges Pveni, wurde aber durch unser Feuer zurückgeworfen.

Rumänische Front. Versuche des Feindes, gegen die Höhen südlich von Ditasstus die Offensive zu ergreifen, werden durch unser Feuer angehalten. Die Rumänen schlugen einen Angriff der Deutschen südlich von Monastir-Raschinul am Casinu-Flusse ab. Südwestlich von Ralea umringten die Rumänen eine vom Feinde besetzte Höhe, wobei sie viele Gefangene machten und vier Maschinengewehre erbeuteten. An der übrigen Front bis zur Donau sowie längs der Donau gegenseitige Beschützung.

Englischer Bericht vom 17. Januar. Heute früh besetzten wir nach vorangegangener heftiger Beschützung eine Linie feindlicher Posten nördlich von Benamant an der Ancre. Die erreichten auf einer Front von 200 Yards, was wir beabsichtigt hatten, und hatten dabei nur wenige Verluste. Nachmittags brach ein feindlicher Gegenangriff in unserem Artilleriefeuer mit schweren Verlusten zusammen. Der Ausbau der neuen Stellungen schreitet fort. In der Nachbarschaft von Lens wurden von uns gestern und heute wichtige Eisenzüge mit vollständigem Erfolg ausgeführt. Gestern drangen wir unter dem Schutz einer heftigen Beschützung am späten Nachmittage in die deutschen Stellungen südlich von Calonne, westlich von Lens, ein. Unsere Truppen erreichten die feindlichen Verbindungsleitungen, besetzten die feindlichen Unterstände mit Bomben, zerstörten sie und fügten der feindlichen Besatzung zahlreiche Verluste zu; unsere eigenen Verluste waren gering. In Verbindung mit dieser Unternehmung brachten wir mit Erfolg eine Mine zur Explosion. Heute früh wurde bei Tageslicht von kanadischen Truppen nordöstlich von Calonne ein anderer sehr erfolgreicher Überfall durchgeführt. Die Angreifenden drangen über eine Front von 700 Yards in die feindlichen Laufgräben ein und brachen 300 Yards bis zur zweiten Linie durch.

Italienischer Bericht vom 18. Januar. In Albanien hat eine unserer Kavallerieabteilungen am 16. Januar die Ortschaften Salek und Arza, nordöstlich von Grueni, nahe der Straße Sjasfovit-Kariha, besetzt. **Cedorna.**

Kämpfe in Tripolis.

Rom, 18. Januar. Das Kolonialministerium teilt mit: Sulaiman el Baruni, der bekannte Agitator aus dem Nubel, der aus Tripolitanien hatte fliehen müssen, war zurückgekehrt und hatte sich als Abgeordneter des türkischen Sultans erklärt, der den Aufstand gegen Italien organisieren und leiten solle. Im westlichen Tripolitanien hatte er sich mit den Partein des Rabbi Sunni und des Kaisers Ben Ascar zusammengesprochen, welche gegen die treue Bevölkerung und die Italiener in Marra und Kual drei starke Kolonnen von zusammen über 6000 Mann zusammengesetzt hatten. Als diese Rebellen der Auffständigen einhellig vorgingen, um Marra anzugreifen, befohl General Amaglio, um die treue Bevölkerung zu schützen und die verbündeten Feinde niederzuerwerfen, am 15. Januar dem General Salini, die Streitkräfte Marra anzugreifen.

Am 16. Januar traten unsere Truppen um 3 Uhr morgens mit der feindlichen Hauptmacht in Berührung; der Kampf begann um 9 1/2 Uhr und dauerte sehr lebhaft bis 3 1/2 Uhr nachmittags gegen die aufständischen Rebellen, deren Stärke an dieser Stelle auf über 5000 Mann geschätzt wurde. Der Kampf war hart, aber eine Umgehung des linken feindlichen Flügels entschied unseren Sieg. Die Aufständischen versuchten gleichwohl einen heftigen Gegenangriff auf unseren rechten Flügel, wurden aber neuerdings zurückgeschlagen und zur Flucht gezwungen. Der Feind verlor auf dem Gefechtsfeld 408 Mann tot und viele Gewehre; man glaubt, daß der Gesamtverlust der Aufständischen etwa 1000 Mann betrage. Unter den Toten soll sich Osman Ben Ascar, der Bruder des Kaisers Ben Ascar, befinden. Unsere Verluste sind nicht erheblich. Die Verfolgung der fliehenden Aufständischen dauert an.

Die Kämpfe in Ostafrika.

London, 18. Januar. (W. T. B.) Der Korrespondent Reuters bei den britischen Truppen in Ostafrika meldet, daß General Beves am 2. Januar von Nyobombdo vorrückte, um über den Rufidji zu setzen. In siebenundzwanzig Stunden legte er zehn Meilen in südlicher Richtung zurück. Mittags kam ein Telegramm von General Sprunt des Jubala: „Der Feind aus Behobeho zurückgezogen. Wir haben keine Zeit zu verlieren.“ Es wurde sofort eine fliegende Kolonne gebildet, die um drei Uhr nachmittags auszog und den Weg abschritt. Sie legte in einer unwirtlichen Strecke 31 Meilen in 22 Stunden zurück. Am Morgen des 2. Januar erreichte sie den Fluß, der hier 300 Yards breit ist. Obwohl die Leute sehr ermüdet waren, wurde alles vorbereitet, um das gegenüberliegende Ufer unter Feuer zu nehmen, falls Widerstand geleistet werden sollte. Das Uferstücken des Flußes wurde mit Erfolg durchgegründet und es wurde ein Brückenkopf angelegt. Am 4. Januar nahm Beves den Kampf mit dem Feinde auf, der zu spät gekommen war, um den Flußübergang zu verhindern. Es wurden vier Weisse gefangen genommen und eine Menge Lebensmittel erbeutet. Das alles hat den Druck auf die Truppen des Generals Ebeppard erleichtert und diesem ermöglicht auf dem rechten Ufer Fuß zu fassen. Er zwang den Feind nach dem Süden zurückzugehen.

Das Mißtrauen in Griechenland.

London, 19. Januar. Der Athener Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet aus Rom, daß die dort untergebrachte russische Kolonie gestern morgen ein Telegramm des

In Wolhynien abflauende Gefechts-tätigkeit — Russenangriffe in Gegend Marasti scheitern — Englischer Vorstoß gegen Ceres.

Kamisch. Großes Hauptquartier, den 19. Januar 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Unsere Patrouillen führten an mehreren Stellen erfolgreiche Unternehmungen durch.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Die in den letzten Tagen regere Gefechts-tätigkeit flaut wieder ab.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph. Nördlich des Susta-Tals in der Gegend von Marasti scheiterten gegen unsere Höhenstellungen unternommene Angriffe unter schweren Verlusten für den Feind.

Seereschiffe des Generalfeldmarschalls von Madensen.

Die Lage ist unverändert.

Mazedonische Front.

Der Vorstoß einer englischen Kompagnie gegen Ceres wurde leicht abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.

Abendbericht.

Berlin. Kamisch. 19. Januar, abends.
 Von keiner Front sind bisher besondere Ereignisse gemeldet.

Der österreichische Bericht.

Wien, 19. Januar 1917. (W. T. B.) Kamisch wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Der Feind richtete gestern nachmittags heftige Angriffe gegen unsere Stellungen zwischen dem Susta- und Casinu-Tal, die in unserem Feuer reißlos scheiterten. In Wolhynien hat die Gefechts-tätigkeit wieder abgenommen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

In nördlichen Abschnitt der Karstfront brachten unsere Truppen von gelungenen Unternehmungen gegen die feindlichen Vorstellungen 4 Offiziere, 120 Mann und Gefangene und ein Maschinengewehr ein.

Südlicher Kriegsschauplatz.

Nichts von Belang.

Der Stellvertreter des Chefes des Generalstabes. v. Goller, Feldmarschalleutnant.

russischen Gesandten in Athen erhalten habe, worin dieser mitteilt, daß von einer Rückkehr nach Griechenland noch immer keine Rede sein könne. Die Ernennung von General Zonastias an Stelle des Generals Kaloris zum Befehlshaber des in Athen in Garnison liegenden Korps, welche nicht den Versicherungen der griechischen Regierung über die Wiederherstellung der guten Beziehungen zu der Entente. Durch die Entlassung Kaloris konnte zwar Griechenland einer der Forderungen des Ultimatum nach, aber die Ernennung von Zonastias bedeute eine Herausforderung seitens der griechischen Regierung. Zonastias sei einer der Vormänner der Militärbewegung gegen die Entente, die ihren Höhepunkt in den Ereignissen vom 1. Dezember erreicht hätten.

Die Abtretung von Dänisch-Westindien.

Kopenhagen, 18. Januar. Meldung von Nihaus Bureau. Der dänische Gesandte in Washington meldet, der Austausch der Ratifikationsurkunden zur Konvention vom 4. August 1916 betreffend die Abtretung der Dänisch-Westindischen Inseln an die Vereinigten Staaten habe am 17. Januar in Washington zwischen dem dänischen Gesandten und dem amerikanischen Staatssekretär stattgefunden.

Amerika und Mexiko.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Bern gemeldet: Die in Mexiko stehenden Truppen der Vereinigten Staaten erhielten, der Agentur Americana zufolge, Befehl, Mexiko zu räumen. Der dadurch über die Absichten der Vereinigten Staaten beruhigte Präsident Carranza entließ 10 000 Mann der freigeordneten mexikanischen Regierungstruppen gegen Diaz.

Kleine Kriegsnachrichten.

Der Abgeordnete von Raubenge. Unter den Bewohnern Nordfrankreichs, die mit Erlaubnis der deutschen Militärbehörden während dieser Tage nach Frankreich zurückkehrten, befand sich auch der Abgeordnete von Raubenge, Besonaine.

Das neue montenegrinische Ministerium. Nach dem Pariser „Journal“ übernimmt in dem neuen montenegrinischen Ministerium Romanowitsch den Vorsitz, das Innere und den Handel, Markowitsch die auswärtigen Angelegenheiten und Illitsch, früher Richter am Obergericht in Cetinje, die übrigen Ministerien.

Geburtenrückgang in Frankreich. Der Abgeordnete Donnorat stellt, wie die „Frankf. Zig.“ berichtet, in einer Statistik über die Geburten in den nicht besetzten 78 französischen Departements fest, daß im Jahre 1915 die Geburten um ein Drittel zurückgegangen seien. Der Krieg hat in diesem einzigen Jahr Frankreich 200 000 Kinder oder einen Wert von fünf Armeekorps gekostet.

Was kranker Kriegsgefangener in Norwegen. Aus Kristiania verlautet: Die meisten Mäntel sind in Norwegen alle Vorkehrungen getroffen, um kranker Kriegsgefangene aufzunehmen. Die aus Deutschland und Österreich-Ungarn sollen auf Gehöften und in Sanatorien in Balres und in der Umgebung von Eidsvoll untergebracht werden, wo bereits für mehrere hundert Kranke alles bereit steht. Da Frankreich und England das norwegische Angebot abgelehnt haben, werden nur deutsche, österreichisch-ungarische und russische Kriegsbeschädigte in Norwegen Aufnahme finden. — Wolffs Bureau erzählt dazu: Die endgültige Zustimmung der russischen Regierung hebe noch aus, dürfte aber in einigen Wochen eintreffen.

Kriegssozialismus in England. Die englische Regierung hat beschlossen, alles Land, das nicht genügend bewirtschaftet wird, selbst bestellen zu lassen.

Lärm wider Lärm.

Eine Erobererversammlung im Abgeordnetenhaus.

Der „Anabhängige Ausschuss für einen deutschen Frieden“ hielt gestern abend im preussischen Abgeordnetenhaus eine Mitgliederversammlung ab.

Abg. Dr. Fuhrmann sagte in der Begrüßungsansprache: Unsere Feinde haben ein wertvolles Geschenk gemacht, denn sie haben durch ihre Antwort Klarheit geschaffen. Zu Ende ist nun bei uns das Friedensgeflümme. Herr Scheidemann wird jetzt zweifellos zu den Überzeugungen gelangen, daß seine Ziele: „Was französisch ist, soll französisch, was belgisch ist, soll belgisch bleiben, es soll alles beim alten bleiben“ aufgegeben sind. Wir verbieten uns mit vollster Entschiedenheit die Einmischung eines Neutrals.

Prof. Dr. Dietrich Schäfer sagte: Wir haben niemals An-negationsgelüste gehabt, aber wir sind genötigt, uns vor wiederholten feindlichen Einfällen zu schützen. Jede Friedensvermittlung müssen wir zurückweisen. Ich hoffe, daß unsere Regierungen diesen Standpunkt teilen werden.

Abg. Graf Westarp sprach sich im gleichen Sinne aus. Ebenso Abg. Pfleger.

Abg. Dr. Stresemann erklärte sich unter großem Beifall der Versammlung für die Eroberung der besetzten Gebiete. Er stimmte Friedrich dem Großen bei, der einmal sagte: „Ein Krieg ohne Eroberung bedeutet keinen Sieg!“ (Stürmischer Beifall)

Es sprach hierauf noch Abg. Lic. Traub-Dortmund (!), der sich gleichfalls im Sinne der Vorredner äußerte. Alsdann folgte eine längere, den Ausführungen der Redner entsprechende Entschlie-ßung einstimmig zur Annahme.

Wir brauchen diesen Bericht nicht viel hinzuzufügen. Die Pokrowskys gefallen und eben nicht, welche Sprache immer sie reden, und eine Vermittlungsaktion der Neutralen, die darauf gerichtet ist, beide Teile zur Erkenntnis des Möglichen zu bringen, scheint uns nach dieser Versammlung nur noch notwendiger zu sein.

Letzte Nachrichten.

Die deutsch-österreichische Ministerkonferenz.

Berlin, 19. Januar. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Der österreichische Ministerpräsident Graf Ciani-Martini und der ungarische Ministerpräsident Graf Tizsa sind heute abend nach Wien zurückgekehrt. Graf Ciani-Martini hatte Gelegenheit, zum ersten Male nach seinem Amtsantritt mit den leitenden Staatsmännern des Deutschen Reiches in Berührung zu kommen. Zwischen den beiden Ministerpräsidenten und den deutschen maßgebenden Stellen sind verschiedene schwebende Angelegenheiten zur Besprechung gekommen, unter denen die Kriegswirtschaftlichen Fragen, an denen beide Mächte interessiert sind, den breiten Raum einnehmen. Es fanden unter Zuziehung von Vertretern der beiden Heeresverwaltungen ausführliche Beratungen statt, in denen volle Uebereinstimmung der Auffassungen erzielt wurde.

Geld her, oder —!

Rotterdam, 19. Januar. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Bonar Law hat gestern abend in einer Rede in Glasgow mit Zwangsmaßregeln gedroht, falls die Kriegsanzleihe mißglücken sollte.

Die Lage „bessert sich“ in Griechenland.

London, 19. Januar. Reuters meldet aus Athen vom 18. Januar: Die Lage bessert sich von Tag zu Tag. Gestern haben die Verhandlungen der Regierung mit der Entente über die Durchführung der im Ultimatum enthaltenen Forderungen begonnen. Die Benizelisten wurden gestern abend freigelassen, und der Chef der Polizei versicherte, daß sie nicht belästigt werden würden, wie gewisse Blätter gedroht hatten. Die Schadenersatzfrage für die Benizelisten wird in einer gemischten Kommission festgesetzt werden. Die Offiziere der gemischten Militärkontrole sind heute in Athen angekommen. Die unruhigen Elemente haben die neue Lage ohne Widerstand hingenommen und sich der Entscheidung gefügt.

Der „Daily Mail“ wird aus Athen berichtet, daß im ganzen etwa hundert Benizelisten in Freiheit gesetzt würden. Das Publikum hat sich ruhig verhalten.

Der englische Seebesatzungsminister.

Kopenhagen, 19. Januar. „Nationellidende“ meldet aus Stockholm: Die Kriegsversicherungskommission teilt mit, daß England im Jahre 1916 für fünfzig Millionen Kronen Waren, die für Schweden bestimmt waren, zurückgehalten hat. Bis zum Jahreswechsel sei ein Preisgericht über diese noch nicht gefaßt worden. Die Kriegsversicherungskommission schloß im Jahre 1916 für über einhalb Milliarden Kronen Kriegsversicherungen ab und zahlte im ganzen vierzehneinhalb Millionen Kronen aus.

Die französische Minderheit interpelliert!

Bern, 19. Januar. Bei der vorgestrigen Abstimmung in der französischen Kammer hatte die sozialistische Gruppe, allerdings mit nur geringer Mehrheit, den Antrag Goude auf Interpellation der Regierung über die Note an Wilson abgelehnt. Kunze hat nach Ehorer Blättermeldungen der Abgeordnete Pressemane, der zur sozialistischen Minderheit gehört, mit beifälliger seiner Amtsgenossen — darunter sogar einige Angehörige der Mehrheit — beschlossen, heute auf dem Wege der Interpellation von der Regierung Erklärungen über die Note an Wilson zu verlangen.

Pokrowsky auf Krankenurlaub.

London, 19. Januar. Der „Times“ zufolge meldet die Petersburger Zeitung „Retsch“, daß der Minister des Äußern Pokrowsky zwei Monate Krankenurlaub erhielt und daß der Handelsminister Prinz Schachowsky einen gleichen Urlaub erhalten soll.

Die Berliner Kohlennot.

Berlin, 19. Januar. Die zurzeit in Groß-Berlin herrschende Knappheit an Feuerungsmaterial hat, wie von seiten der Behörden mitgeteilt wird, ihren Grund nicht in dem Mangel an Kohlen, Holz und Briketts, sondern in der durch das Schneewetter der letzten Tage erschwerten Zufuhr.

Die Kriegsmittel beim Oberkommando in den Marken, Berlin, Viktoriastraße 24, Erdgeschoss, bemüht, soweit es in ihren Kräften steht, den Schwierigkeiten abzuwehren, sich mündlichen oder schriftlichen Anträgen auf Bestellung von Pferden und Wagnen aus den in Groß-Berlin garnisonierenden Ersatztruppenenteilen entgegen.

Gewerkschaftliches.

Burgfriedliches.

Das folgende Zirkular wird uns zur Veröffentlichung zur Verfügung gestellt:

Bund Deutscher Werkvereine.
Hauptgeschäftsstelle:
Berlin W. 10, Bendlerstraße 13.

An unsere Vereine!

Wir alle wissen, daß der Kampf der Sozialdemokratie gegen die wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung, der jetzt schon während des Krieges unter Mißbrauch des Burgfriedens geführt wird, mit erneuter Festigkeit nach dem Friedensschlusse ausbrechen wird. Die Absicht der Sozialdemokratie, die aus dem Felde heimkehrenden Arbeiter nach dem Kriege in sozialdemokratischen Kriegervereinen zusammenzuschließen, deutet klar auf die systematische Verfolgung dieser Ziele seitens der Sozialdemokratie hin. Demgegenüber muß es unsere Aufgabe sein, mit allen Mitteln dahin zu streben, daß die zurückkehrenden Arbeiter nicht der Sozialdemokratie in die Hände fallen. Wir müssen noch mehr, als es bisher geschehen ist, in Wort und Schrift für Aufklärung in den Reihen der deutschen Arbeiter sorgen, damit der wirtschaftliche Friede unserem Lande erhalten bleibt und die wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung ihre Stärke behalten und weiter steigern kann.

Diesem Zweck soll eine Schrift: „Volkfriede — Bürgerfriede“ dienen, die in den nächsten Tagen erscheint. Ausgehend von der Weihnachtsgedächtnisfeier „Friede auf Erden!“ wird darin kurz die Geschichte der bisherigen Friedensbestrebungen behandelt. Ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit der Internationalen, deren Zusammenbruch der Krieg klar erwiesen, den die Sozialdemokratie aber immer noch nicht recht eingestehen will. Sodann werden die Hoffnungen der Sozialdemokratie, durch den Untergang der kapitalistischen Gesellschaftsordnung unserm Volke den Frieden zu geben, mit aller Entschiedenheit als unzureichend und verwerflich gekennzeichnet, deshalb, weil aus dem Kampfe aller gegen alle uns niemals ein wirklicher Frieden erblühen kann. Der Verfasser kommt zu dem Schluß, daß der Bürgerfriede nur geboren werden kann, wenn alle Teile des deutschen Volkes, insonderheit aber die deutsche Arbeiterschaft, die nach dem Kriege vor allem ein Ausruhen von allen Kämpfen braucht, rücksichtslos für den wirtschaftlichen Frieden eintreten.

Es folgen dann in dem Rundschreiben Angaben über Preis und Art des Betriebes der Schrift.

Die Inhaltsangabe der Schrift in diesem Rundschreiben genügt für deren Kennzeichnung. Die Angst davor, daß die Sozialdemokratie, deren Mitarbeit heute auf allen Gebieten des öffentlichen und politischen Lebens in Anspruch genommen wird, auch nach dem Abschluß des Krieges als gleichberechtigt neben allen anderen Parteien auch von den Reichs- und Staatsverwaltungen anerkannt wird, hat den „Bund Deutscher Werkvereine“ zur Herausgabe der Schrift veranlaßt.

Die „wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung“ will als wirtschaftliche, nicht als parteipolitische Organisation angesehen werden. Sie bezeichnet sich selbst als „gelbe Gewerkschaften“ und wird irrtümlicherweise auch von anderer Seite so genannt. Irretümlicherweise werden diese Organisationen auch vom Reichspolitischen Amt im „Reichsarbeitsblatt“ in der Statistik über die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Unternehmer geführt. Würden sie den letzteren zugesählt werden, hätte die Sache noch Sinn. Diese Vereinigungen sind von den Unternehmern in ihrem Interesse ins Leben gerufen. Alle Unternehmerorganisationen, die in der letzten Zeit Verbandssammlungen abhielten, haben beschlossenen, den „Wirtschaftsfriedlichen Vereinen“ Geldmittel, zum Teil in erheblichen Beträgen, zur Verfügung zu stellen, das eine Beitragszahlung in den gelben Vereinen sich erübrigt. Von einer Vereinigung oder Bewegung, die aus den Arbeiterkreisen hervorgegangen und durch Beitragsleistung ihrer Mitglieder aktionsfähig erhalten wird, kann keine Rede sein.

Gegenwärtig hat das Rundschreiben, in dem zum Kampf gegen die Sozialdemokratie aufgerufen wird, eine ganz besondere Bedeutung. Die gelben Vereine verlangen, daß sie in den Ausschüssen, die nach dem Hilfsdienstgesetz errichtet werden, Vertretung erhalten. Für die Vertretung in diesen Ausschüssen hat das Kriegsamt „Vorschlagslisten von den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer einzuholen“. Will man die gelben Vereine als wirtschaftliche Organisationen der Unternehmer anerkennen, muß sie von diesen die Mittel zu ihrem Wirtschaftsbetrieb erhalten, könnte es recht sein.

Als wirtschaftliche Organisationen der Arbeitnehmer im Sinne des Hilfsdienstgesetzes können sie nicht gelten. Abgesehen von ihrem Verhältnis zu den Unternehmervereinen, das ihnen den Charakter einer Vereinigung zur Vertretung der Interessen der Arbeiter nimmt, zeigt das Rundschreiben, daß es sich bei der „wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung“ um eine Vereinigung zum Kampfe gegen eine politische Partei, somit um einen politischen Verein handelt. Diese Vereine sind nach dem Gesetz nicht berechtigt, eine Vertretung in den nach dem Gesetz bestehenden Vaterländischen Hilfsdienst zu errichtenden Ausschüssen zu erhalten.

Die sozialdemokratische Partei kann vergnügt über

diesen neuen Vorstoß, den die „wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung“ gegen sie unternimmt, lächeln. Die Gewerkschaften sind mit diesen Vereinigungen bisher recht gut fertig geworden und werden es weiter werden, auch wenn die Unternehmer ihre Beiträge für die gelben Vereine verweigern. Man kann aber von ihnen nicht verlangen, daß sie Auszubildende dieser Vereine als Vertreter der Arbeiter anerkennen. Ebenso wenig kann man von ihnen verlangen, daß sie Kundgebungen im Interesse der Gesamtheit des Volkes oder dem der Arbeiterarbeit mit diesen Vereinen gemeinsam veranstalten. Das Rundschreiben des „Bundes Deutscher Werkvereine“ ist ein zweifelsfreier Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung.

Deutsches Reich.

Der Abkehrschein auf Grund des Hilfsdienstgesetzes.

Zwei bei der Firma „Penidge“ in Dresden beschäftigte Zigarettenarbeiterinnen wollten ihre Stellung aufgeben, weil es ihnen bei dem Stundenlohn von 21 bezw. 24 Pf. nicht möglich war, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Da die Firma die Abhängigkeit des Abkehrscheines verweigerte, riefen die Arbeiterinnen das zur Erzielung derartiger Differenzen in Dresden eingetragene Schiedsgericht an. Es wurde festgestellt, daß die Arbeiterinnen einen Verdienst von nur ungefähr 14 M. erzielten, wovon noch die Versicherungsbeiträge im Betrage von nahezu 2 M. abgingen. Das Schiedsgericht gelangte daher zu dem Beschlusse, daß den Arbeiterinnen das Anrecht auf den Abkehrschein zustehe.

Zwei Metallarbeiterverfassungen in Solingen beschäftigten sich mit dem Hilfsdienstgesetz. Nach einem Referat des Genossen Reichstagsabgeordneten Bruch fand eine Resolution Annahme, in der die Versammelten ihre Zustimmung zu dem Gesetz erklärten. (z)

Berlin und Umgegend.

Der Ladenschluß im Friseurgewerbe.

Die Bundesratsverordnung, die den Schluß der Verkaufsläden auf 7 Uhr, die der Lebensmittelbranche auf 8 Uhr, Sonnabends auf 9 Uhr festsetzt, läßt es zweifelhaft erscheinen, ob auch die Läden der Barbier- und Friseurarbeiten diese Verordnung fallen und deshalb um 7 Uhr schließen müssen. Unstreitig ist, daß ein Verkauf von Waren, der ja in Friseurläden üblich ist, nach 7 Uhr nicht mehr stattfinden darf. Streitig ist dagegen, ob der Laden um 7 Uhr zu schließen, also auch die Barbier- und Friseurarbeiten einzustellen ist.

Die Angehörigen des Friseurgewerbes, Meister und Gehilfen, nahmen Stellung zu dieser Angelegenheit in einer vom Verband der Friseurgehilfen sehr stark besuchten Versammlung, die am Donnerstag unter der Leitung des Verbandsvorsitzenden Eylorn in der Reuen Philharmonie tagte. Der Referent, Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt, führte unter anderem aus, daß weite Kreise des Friseurgewerbes, sowohl Meister wie Gehilfen, mit Rücksicht auf den erheblichen Teil ihrer Kundschaft, der nicht vor 7 Uhr zum Friseur gehen kann, sich mit dem 7-Uhr-Ladenschluß nicht befremden kann, sondern den Ladenschluß auf 8 Uhr, Sonnabends auf 9 Uhr festgesetzt zu sehen wünscht. Der Redner zeigte dann, auf welchen Wegen die Wünsche der Friseure durch die zuständigen Instanzen erfüllt werden können.

Rach einer kurzen, den Ausführungen des Referenten zustimmenden Diskussion ließ der Vorsitzende Eylorn über folgende Resolution abstimmen:

Die Voraussetzung einer Erparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln trifft auch für eine frühere Betriebsruhe im Friseurgewerbe zu, das hauptsächlich in Ladenlokalitäten ausgeübt wird und vielfach mit Warenverkauf verbunden ist.

Da jedoch die Heimkehr vieler Arbeiter und Angestellten von ihrem Tagewerk zu spät erfolgt, um schon vor 7 Uhr Zeit zu lassen, die Dienstleistungen der Friseure in Anspruch zu nehmen, ist die Stunde zwischen 7 und 8 Uhr abends, Sonnabends von 8 bis 9 Uhr, für den Betrieb des Friseurgewerbes derart wertvoll und unentbehrlich, daß die Berufsangehörigen durch die Einbuße dieser Stunde in ihrem Erwerb außerordentlich benachteiligt würden.

Die Versammelten richteten daher an die zuständigen Stellen den Wunsch, die Ausnahmedestimmung für Lebensmittel- und Zeitungsgegeschäfte, daß der Ladenschluß um 8 Uhr abends, Sonnabends um 9 Uhr zu erfolgen hat, auf das Barbier-, Friseur- und Versäumnisgewerbe ausgedehnt wird.

In dem Augenblick, als die Abstimmung erfolgen sollte, riefen mehrere Versammlungsbesucher, die Gehilfen seien für den 7-Uhr-Schluß. Hierdurch entstand allgemeine Unruhe. Am legte Robert Schmidt dar, daß nach Lage der Verhältnisse ein völliger Ladenschluß um 7 Uhr nicht zu erreichen sei. Wenn auch der Warenverkauf ohne Zweifel um 7 Uhr eingestellt werden müsse, so sei doch die Friseurarbeit nach 7 Uhr nicht verboten. Die Arbeitszeit könnte also bis 10 Uhr oder noch länger ausgedehnt werden. Um sich gegen diese Möglichkeit zu sichern, sollten auch die Gehilfen in ihrem Interesse dem 8-Uhr-Schluß zustimmen. Die allgemeine Durchführung desselben könne gegenwärtig erreicht werden. Das wäre ein sozialer Fortschritt, der voraussichtlich auch nach dem Kriege bestehen bleiben werde. So wünschenswert auch ein früherer Ladenschluß wäre, sprächen doch praktische Erwägungen für die Forderung, die in der Resolution vertreten wird.

Hierauf wurde die Abstimmung vorgenommen. Sie ergab zunächst eine zweifelhafte Mehrheit für und eine nicht sehr beträchtliche Minderheit gegen die Annahme. Aber wiederholte Rufe: „Gehilfen dagegen stimmen“, vermehrten nach und nach die Widerheitsstimmen erheblich. — Der Vorsitzende erklärte die Resolution als angenommen und schloß die Versammlung.

Hierauf wurde von mehreren Seiten gegen das Abstimmungsergebnis protestiert. Unter großer Unruhe verließ etwa die Hälfte der Versammelten nebst dem Eindrücken und Leitern den Saal, während die andere Hälfte zurückblieb. Nach lebhaftem Hin- und Herreden unter den Zurückgebliebenen, ergriffen einige Herren, die sich als Vertreter eines Gehilfenvereins bezeichneten, die Leitung und forderten zu einer Kundgebung für den 7-Uhr-Schluß auf. Ein Redner, der sich als Verbandsmittelglied vorstellte, wandte sich gegen diese Aufforderung und erludete die Gehilfen, sich auf den Boden der angenommenen Resolution zu stellen, die das praktische Erreichbare fordere. Schließlich verließen die Vertreter des —

nicht näher bezeichneten — Gehilfenvereins, daß sie eine besonders Gehilfenversammlung für den 7-Uhr-Schluß einberufen würden.

Schlichtungsausschüsse für den Hilfsdienst.

In der gestrigen Sitzung im lokalen Teil des „Vorwärts“ haben wir bereits davon Mitteilung gemacht, daß der Kriegsausschuß für die Metallindustrie und die Schlichtungskommission für Militär- und Zivilarbeiten als vorläufige Schlichtungsausschüsse mit der Erlebigung schon jetzt schwebender Streitfälle beauftragt sind. In dieser Sitzung war angefallen, daß in den an jedem Donnerstag stattfindenden Sitzungen des Kriegsausschusses nur solche Beschwerden zur Verhandlung gelangen, die bis spätestens Dienstag abend angemeldet sind. Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Anmeldefrist sich auf Montag abend verlängert. Also nur Beschwerden, die bis spätestens Montag abend angemeldet sind, kommen in der Sitzung am Donnerstag zur Verhandlung.

Ausland.

Schiffertreik in Holland.

Amsterdam, 19. Januar. (Z. U.) Durch den hiesigen allgemeinen Schiffersbund ist gestern abend für ganz Holland der Streik proklamiert.

Der Pariser Munitionsarbeiterstreik.

Paris, 19. Januar. „Progrès de Lyon“ meldet aus Paris: Alle Arbeiter der Munitionsfabrik Panhard Levaillant haben gestern vormittag die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem die von ihnen geforderten Garantien bewilligt worden waren.

Aus der Partei.

Fünfundsingzigjähriges Jubiläum des „Naprzod“.

IK. Das politische sozialistische Tageblatt „Naprzod“ in Krakau bringt am 1. Januar 1917 das 25jährige Jubiläum seines Bestehens. Es erschien vorerst zweimal im Monat, dann wöchentlich und schließlich täglich. Die ersten zehn Jahre waren für es die schlimmsten; es wurde 273 mal konfisziert und hatte 123 Strafprozesse auszuhalten, die seinen Redakteuren zwei Jahre, vier Monate und 16 Tage Gefängnis und erhebliche Geldstrafen kosteten. Der Herausgeber des „Naprzod“ ist der Reichstagsabgeordnete Ignaz Daszynski.

Soziales.

Der Siebenuhr-Ladenschluß.

Durch die Bundesratsverordnung vom 11. Dezember v. J., die den Siebenuhr-Ladenschluß für alle Verkaufsgeschäfte, mit Ausnahme der Apotheken und der Verkaufsstellen, in denen der Verkauf von Lebensmittel- und von Zeitungen als Haupterwerbszweig betrieben wird, anordnete, ist eine seit langem mit guten Gründen vertretene Forderung der Handlungsgehilfen erfüllt worden. Allerdings nur für die Dauer des Krieges. Der Erfolg dieser Maßregel wird sich sehr bald zeigen. Er wird der sein, daß sich das laufende Publikum sehr rasch daran gewöhnen wird, die Einkäufe in der zur Verfügung stehenden Zeit zu machen und die Befrager der Verkaufsgeschäfte werden froh sein, eine Stunde früher als sonst schließen zu können. Eine Rückkehr zum früheren Zustand wird bald als überflüssig betrachtet werden. Trotzdem wird er nach dem Kriege wieder kommen, wenn nicht die Gesetzgebung eingreift. Um dies zu bewirken, hat der Zentralverband der Handlungsgehilfen eine Petition an den Reichstag und den Bundesrat gerichtet, in der er eine Abänderung der einschlägigen Paragraphen der Gewerbeordnung durch Kofgesetz fordert. Er wünscht, daß dieses folgende Bestimmungen enthalten soll:

In Stelle von § 130a, Absatz 1—3, der Gewerbeordnung treten folgende Vorschriften: Offene Verkaufsstellen müssen von 7 Uhr abends bis 8 Uhr morgens für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein; Sonnabends dürfen sie bis 8 Uhr abends offen gehalten werden. Die beim Ladenschluß im Laden schon anwesenden Kunden dürfen noch bedient werden. In anderen Arbeiten dürfen die Handlungsgehilfen und Handlungslehrlinge nach Ladenschluß nicht herangezogen werden.

In Stelle von § 139f, Abs. 1 und 2, treten folgende Vorschriften:

Auf Antrag von mindestens einem Drittel der beteiligten Geschäftsinhaber kann für eine Gemeinde oder mehrere örtlich unmittelbar zusammenhängende Gemeinden durch Anordnung der höheren Verwaltungsbehörden nach Anhörung der Gemeindebehörden für alle oder einzelne Geschäftszweige angeordnet werden, daß die offenen Verkaufsstellen während bestimmter Zeiträume oder während des ganzen Jahres an bestimmten Tagen für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein müssen. Die Bestimmungen der §§ 130c und 130d werden hierdurch nicht berührt.

Es braucht nicht besonders verifiziert zu werden, daß die Arbeiterschaft mit den Handlungsgehilfen ganz einer Meinung ist. Es hat sich das immer gezeigt. Als vor einem Jahrzehnt die gleichen Forderungen erhoben wurden, haben sich 535 Gewerkschaftsvertreter einmütig dafür ausgesprochen. Beachtlich ist, daß die Handlungsgehilfen-Zeitung darauf hinweisen kann, daß im vergangenen Jahre, um die Meinung der Geschäftsinhaber zu erforschen, in Berlin eine Umfrage veranstaltet worden ist, die ein dem Siebenuhr-Ladenschluß durchaus günstiges Ergebnis hatte. Es wurden 1300 Fragebogen verteilt. Von diesen kamen zwar nur 600 zurück, aber von diesen haben sich 500 uneingeschränkt für den früheren Ladenschluß ausgesprochen. Tatsächlich stehen diesem wirtschaftlichen Bedenken auch nicht im Wege.

Verantwortlich für Inhalt: Hermann Müller, Tempelhofer; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Reußlin; für Inserate: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsanstalt u. Verlagsbuchhandlung Paul Singer & Co. Berlin SW.

Dazu 2 Beilagen und Unterhaltungsblatt.

Cigarren, Cigaretten, Kautabake
Engros
F. Ernst Borch, Elasserstr. 21.
Alkoholle Getränke
Franz Abraham
Kant. Meissner- u. Römerstr. 10/11
C. 25 Barlsruh. u. Fernsp. Kr. 13700
Wafa-Anstalt
Neukölln
Central-Bad
Anzengruberstr. 25.
Koppenstr. 33
Königliche Bäder.
National-Bad, Brunnenstr. 2.
Passage-Bad
Kottbusser-
Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 44.
Bäcker- u. Konditoreien
Oskar Hanke's Brothack.
75 Geschäfte
in allen Stadtteilen Berlins
sowie in Neukölln u. Treptow
Geöffnet 1892.
F. Kienzow, Köpenickerstr. 14.
G. Meier, Grünberg 27.

Erscheint 2 mal wöchentlich.
Otto Wolff, Treptow, Kröllstr. 16
Zachau, Gr.-Lichterf., Chausseestr. 124
Bundgenossen
R. Bräse, Strausener Str. 64.
E. Kraus, Köpenickerstr. 45.
A. E. Lange, Brunnenstr. 164
Butter, Eier, Käse
Wilhelm Göbel
25 eigene Füllungen.
Gebrüder Manns
48 eigene Detailgeschäfte
Schröter, R.
43 Verkaufsstellen
Unhy & Wolfram

Bezugsquellen-Verzeichnis.

August Holz 14 Detail-Geschäfte.
Brauerei Bützow empfiehlt
Qualitätsbiere
ersten Ranges.
C. Habels Brauerei
Kell- u. Kabinett-Bier — dunkel.
Münchener Brauhaus
Berlin und Oranienburg
Trinkt Wanninger Bier!
Weissbier, C. Breithaupt,
Palastrasse 97 Tel. Egn. 3061, 3062

Drogen und Farben
Wander-Druckerei, Brückstr. 20
Kaustabacken
Timmer-Essig
überall erhältlich
Pilsener- u. Würstl.
W. Beck
Inh.: Herm. Gorbach
Charlottenburg, Berlinerstr. 58-59
Fleisch- und Warenwarenlager
Willystr. 10, Polzburgerstr. 21
Otto Kogal, Alte Jakobstr. 24
Horren- u. Knechtel
Hader, 24, Ecke
Prinzen-Allee
Loke & Sippack, Berlin-Alte
Rosenhallerstr. 1
Eckhaus Lindenstr.
Kolonialwaren
Adam Schütz, Schillmannstr. 11.

Eisen, Stahl, Waffen, Werkz.
Carl Jung, Stromstr. 21.
Röhmann, P.-Möllert. 40b, E. Gees
Möhlmaschinen
Bethke, Georg,
Koballa, Weststr. 33, Kaiser-Friedr.
Str. 64, Wasserstr. 155, Friedländer 25
Treptow, Grün-Str. 64.
Gaede, Otto Charlotten-
burg.
Wrangelerstr. 75
F. W. Sichter, Ecks Currystr.
Nähmaschinen
Bellmann, E., Gollnowstr. 26
Nähmaschinen

Singer Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.

Uatenstehende Geschäfte empfehlen sich h. Einkäuf.

Hüte, Mützen, Pelzwaren
Vester, E. Kottbusser-
Damm 14/19
Kurz-, Weib-, Woll-, T-
Körb.
Kormann Meyer, Schulstr. 31.
Photogr. Apparate
M. Albrecht 20. Kottbusserstr. 2.
auch Gelegenheitsk. (Weine, Liköre, Prunkstoffe)
Kugo Boling
66 Filialen in allen Stadtteilen.
Herm. Meyer & Co., Act. Ges.
ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.

Unterberg
SEMPER IDEM

Meierei C. Bolle

A.-G.
Berlin N. W. 21 Alt Neuhilt
Altoster und größter
Milchwirtschaftlicher
= Grossbetrieb =

Optiker, Mechaniker
Schubert, Carl. Klein, Bergstr. 145
Schreibwaren
O. Procanow, Köpenickerstr. 49
Uhren u. Goldwaren
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 10
Versicherungen
„Deutschland“ Berlin
Arbeiterversicherung — Schützen-
Herbertskassenversicherung, Straße 2.
Spandau
Schöenfeld, Berlin, 14, Post, 1, Wirtw.

Abgeordnetenhaus.

52. Sitzung, Freitag, den 19. Januar 1917, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Breitenbach, Loebell, Schorlemmer, Lenze, Troitz.

Erste Lesung des Etats.

Zweiter Tag.

Abg. Korfanty (Polen):

Obwohl die Polen im Kriege ihre volle Schamhaftigkeit gezeigt haben, hat man sie teils wenig beachtet teils als halbe Barbaren behandelt. Das Königreich Polen ist vom Kriege verberbt. Die Polen wohnen in Staaten, die gegeneinander Krieg führen, der Vater mußte gegen den Sohn, der Bruder gegen den Bruder, der Freund gegen den Freund kämpfen. Ueber die Haltung der preussischen Polen sind keine Klagen laut geworden. Die Regierung hat deshalb eine

Veränderung der Polenpolitik

versprochen, aber in den 2 1/2 Jahren ist nichts in dieser Richtung geschehen. Meine Fraktion erklärt ihr Mißtrauen gegen die jetzige Politik der Regierung. (Zustimmung bei den Polen.) Abg. v. Kardorff will ein polnisches Religionsunterricht und Nichtanwendung des Entlassungsgesetzes angestreben, wir aber verlangen volle Gleichberechtigung. Seit 2 1/2 Jahren flieht polnisches Blut für deutsche Kriegsziele, aber die Polen bleiben Bürger zweiter Klasse. Polnische Frauen, die für den deutschen Sieg befeuert und fromme Lieder fangen,

wurden auseinandergetrieben,

weil sie eine unangemeldete Versammlung veranstaltet hätten. (Mithras bei den Polen.) Alle polenfeindlichen Positionen sind auch im neuen Etat enthalten. Bei der letzten Polendebatte sprach der Minister von „polnischsprachigen Preußen“. Sie sprechen niemals von deutschsprachigen Ungarn oder Russen, sondern immer nur von den Deutschen in Ungarn und Rußland. Warum sprechen Sie nicht auch von den Polen in Preußen? (Sehr gut bei den Polen.) Wie können wir Vertrauen zur preussischen Regierung haben, die uns niemals wie ihre Kinder behandelte? Wir haben tiefstes Mißtrauen und legen schärfsten Protest ein gegen die fortwährende Unterdrückung unserer Nationalität. (Weißfall bei den Polen.)

Minister des Innern v. Loebell:

Wenn der Vortrager seinen Stammdressen näher wollte, so hat er seinen Zweck nicht erreicht. Ich habe im November im Auftrage der Regierung erklärt, daß unsere Entschlüsse von Wohlwollen gegen unsere polnischsprachigen Bevölkerung getragen sein werden. Davon nehme ich nichts zurück, betone aber, daß je vorurteilloser die preussischen Unterthanen polnischer Sprache sich auf den Boden des preussischen Staates stellen, es den Mehrheitspartei und der Regierung erleichtert werden muß, die Wege einzuschlagen, die zu einer Verständigung führen. Meine damalige Erklärung war

durchaus im verständigen Sinne

gehalten. Aber die Antwort der Polen war nicht nur lählig und ablehnend, sondern enthielt kein einziges Wort des Dankes für die großzügige Tat der beiden Kaiser. Dazu kommt nun die heutige Rede des Vortragers: Entspricht sie auch nur den bescheidensten Ansprüchen an den Bürgerrecht? Herr Korfanty hat Klagen erhoben, wie wir sie hier während der schärfsten politischen Kämpfe haben hören müssen. Und er hat kein Wort des Dankes und der Anerkennung für das übrig gebliebene im letzten Jahre geübt. (Mithras bei den Polen.) Angesichts der von ihm vorgebrachten Klagen ist es doch wunderbar, daß solche Beschwerden an die Reichskanzlei nicht gelangt sind. (Sehr richtig!) Wenn die Polen so wohl Mißtrauen gegen die Regierung erfüllt sind, dann können sie es der Regierung auch nicht verdenken, wenn sie ihrerseits mit der Darbietung des vollen Vertrauens sehr vorsichtig ist. (Sehr richtig! rechts.) Daß der Vortrager behauptet, daß die gestrige Sitzung erst wieder den Beweis erbracht, die Geflossenheit des deutschen Volkes kann durch solche behauerliche Einzelereignisse nicht gefährdet werden. (Weißfall!) Die kleine Zahl von Geflohenen, die hinter Herrn Korfanty steht, wird nicht imstande sein, den unbesiegbaren Siegerwillen in deutschen Völkern zu lähmen. (Lebhafte Weißfall.) Auch die Bundesliste des Vortragers klingen für Deutschland. Einen Unterschied zu machen zwischen polnischen und deutschen Interessen im Inlande ist unmöglich und ungehörig. (Weißfall!) — Zurück bei den Polen und Sozialdemokraten: Der Etat macht solche Unterschiede! Ich bedauere, daß eine so scharfe Zurückweisung notwendig war. Aber die Rede des Abg. Korfanty dürfte nicht ins Land gehen, ohne daß die Regierung zeigte, daß sie die Korrekturen und einer solchen Rede stehen will und muß, daß sie auf dem Boden ist und die Maßnahmen ergreifen wird, die nach solchen Ausführungen sich als notwendig ergeben. (Lebhafte Weißfall bei der Mehrheit.)

Abg. Dirlsch (Soz.):

Zunächst einige Ausführungen über unsere auswärtige Lage. Wenn sich die Hoffnungen auf einen baldigen Frieden im gegenwärtigen Augenblick nicht erfüllen, so fällt die Verantwortung dafür auf die Regierungen der feindlichen Länder, die das deutsche Friedensangebot nicht nur abgelehnt, sondern auch Kriegsziele kundgetan haben, die von jedem Deutschen

mit Entrüstung zurückgewiesen

werden müssen. (Weißfall!) Während die deutsche Regierung sich bei ihrem Friedensangebot der Unterstützung der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes erfreut, kann ich nicht glauben, daß die Regierungen der Entente bei ihren Eroberungsplänen die Massen des Volkes und besonders der Arbeiterklasse hinter sich haben. Ich bin vielmehr überzeugt, daß auch dort die übergroße Mehrheit des Volkes sehr frühzeitig die Stunde erwartet, wo dem blutigen Ringen ein Ende gemacht wird. Hier wie dort werden die Opfer immer größer, häufen sich die Leiden jedes einzelnen. Sind die, die die Friedenspläne zurückgewiesen haben, die noch weiter durch ein Meer von Blut und Leiden waten wollen, sich vor ungeheuren Verantwortungen bewußt, die sie vor der Geschichte zu tragen haben? Nach dem eigenen Eingeständnis der Entente-Regierungen ist es zweifellos, daß sie nunmehr den Krieg zu Eroberungszwecken fortsetzen wollen. (Sehr richtig!) Deshalb kann es für uns, gleichviel, welcher Partei wir angehören, kein Räuber- und kein Schwanken mehr geben. (Weißfall!) Wir haben offen

gegen die Äußerer der Entente-Regierungen

Stellung zu nehmen, indem wir — ich spreche von meinen speziellen Freunden — das tun, was letztlich den Grundfragen entspricht, die bereits im Jahre 1870/71 im zweiten Stadium des damaligen Krieges unsere großen Vorkämpfer Liebknecht und Bebel (Zuruf des Abg. Strödel (Soz.): Das ist eine Entstellung!) und nach ihnen die gesamte Sozialdemokratie hochgehalten haben. Ich will nicht die Schuldfrage unterscheiden, auch nicht das belagerte Problem erörtern. Für die Gegenwart gilt es, nach meiner Ansicht, nicht die Waffen, sondern die Politik zu treiben, und diese Politik kann nur darin bestehen, daß wir alles daran

sehen, die Eroberungsgelüste der feindlichen Regierungen aufzuhalten zu machen, gleichzeitig aber nicht unversucht lassen, das geeignet ist, uns dem Frieden näherzubringen. (Sehr richtig!) Einen Frieden um jeden Preis weisen wir zurück. Nach wie vor stellen wir uns auf den Standpunkt, daß für Deutschland nur ein Frieden in Frage kommen kann, der ihm die territoriale Unversehrtheit, die wirtschaftliche Selbstständigkeit und die politische Selbstständigkeit gewährleistet. Dabei bekämpfen wir alle Bestrebungen, die diesem Ziele entgegenstehen und ihre Spitze offen und verdeckt gegen die zum Frieden bereit deutsche Regierung richten, gleichviel von welcher Seite sie ausgehen, um so mehr, weil wir überzeugt sind, daß sie nur zur Verlängerung des Krieges beitragen und im Falle ihrer Verwirklichung den Keim zu neuen kriegerischen Entwicklungen in sich tragen. Ob die Sache des

uneingeschränkten U-Bootkrieges

geeignet ist, den Frieden herbeizuführen, darüber will ich mir kein Urteil erlauben, und ich glaube auch, daß kaum ein einziger hier im Hause imstande wäre, ein abschließendes Urteil darüber zu fällen. Wir hatten im vorigen Jahre erklärt, daß wir in dem Beschlusse, den die Staatshauskommission in der U-Bootfrage gefaßt und veröffentlicht hat, eine Ueberschreitung ihrer Kompetenz erblicken haben gegen diesen Beschluß entschiedenste Verwahrung eingelegt und haben betont, daß wir es für unsere Pflicht halten, die verantwortlichen Stellen nachdrücklich vor Unbesonnenheiten zu warnen. Auf diesem Standpunkte stehen wir auch noch heute. Nun ist interessant, daß gerade bei den Konservativen immer mehr Bestrebungen Boden gewinnen, diesem Parlament in der Frage der Kriegführung, insbesondere des U-Bootkrieges, einen Einfluß einzuräumen. Wir haben getrost nichts dagegen, wenn Sie die Rechte des Parlamentes erweitern wollen. Im übrigen wäre jedenfalls der Reichstag und nicht das preussische Abgeordnetenhaus dann die zuständige Instanz. Wenn Sie aber etwa die Vollmachten des Deutschen Reichstages dahin ausdehnen wollten, daß er vielleicht durch einen Ausschuss auf die Art der Kriegführung Einfluß nehmen könnte, dann wäre die Vorbereitung, daß dem Reichstagsausschuss Gelegenheit gegeben wird, sich gründlich in die einschlägigen Verhältnisse einzuarbeiten. Als unheilvoll aber für das deutsche Vaterland würden wir ein Parlament ansehen, das etwa auf blauen Dünst hin, lediglich durch seine Stimmung geleitet, und mit Rücksicht auf außerhalb der Sache gelegene Interessen sich in Fragen einmischt und die Regierung zu Schritten lenkt, deren Konsequenzen nicht abzusehen sind. Im übrigen sollte man sich hier den Kopf des Reichstages nicht allzu sehr zerbrechen. Auch ob der Reichstag eine Debatte über das Friedensangebot besteht hat oder nicht, ist allemal seine Sache. Genau so wie wir uns jede Einmischung in unsere Geschäfte verbieten würden, hat auch der Reichstag ein Recht, sich zu verhalten, daß in dieser Weise Kritik an seinen ureigenen Angelegenheiten von dem Parlament irgend eines deutschen Bundesstaates geübt wird.

Rebot! Ich nun auf den Etat eingehe, möchte ich den Gefühlen des Dankes an unsere tapferen Soldaten Ausdruck verleihen, die es verstanden haben, den Feind von den Grenzen fernzuhalten und die nun schon den Strapazen eines dritten Winterfeldzuges entgegengehen. (Weißfall!) Ich nehme den Dank auch aus der Hand der Arbeiter, die sich selbstlos in den Dienst der Gesamtheit gestellt und in dieser schweren Zeit ihre ganze Kraft dem Vaterlande gewidmet haben. (Weißfall!) Ich danke auch den Frauen und Witwen der Kriegsteilnehmer, die sich durch alle seelischen und materiellen Sorgen nicht niederdrücken lassen, und nicht zuletzt den Frauen, die die von den Männern verlassenen Plätze eingenommen und zur Aufrechterhaltung unseres Wirtschaftslebens beigetragen haben. Aber je größer der Dank ist, den wir allen diesen Personen schulden, um so heftiger ist das Gefühl des Abscheus gegenüber denen, die sich nicht geschämt haben, die Not der Zeit auszunutzen und sich an Kosten anderer zu bereichern. (Sehr gut!) Kein Wort des Tadels gegen diese

Lebensmittelverteurer

ist schwarz genug, ob sie nun Erzeuger oder Händler seien. Bedauerlich ist nur, daß die Gesetzgebung keine Handhabe bietet, mit der erforderlichen Energie gegen sie einzuschreiten. Wie weit muß es gekommen sein, wenn gestern sogar der Führer der Konventionen es für nötig befunden hat, ein offenes Wort an seine Freunde auf dem Lande zu richten. Es liegt mir fern, die Schuld etwa auf eine Klasse der Bevölkerung abzumwälzen. Sünden finden sich in allen Reihen. Nebenfalls war es aber recht charakteristisch, daß ein solcher Appell an gewisse Kreise der Bevölkerung gestern von konservativer Seite aus gerichtet werden mußte. Dagegen war die Warnung des Herrn v. Heubrand vor dem Reichsan die Feldbauernsteuern überflüssig. Wie es bei uns im Lande steht, das weiß man brauchen im Felde sehr genau. (Sehr richtig!) In diesem Augenblick noch viel Worte über die Lebensmittel zu verlieren, ist wohl nicht nötig. Jeder fühlt die Not am eigenen Leibe, und jeder weiß, daß die notwendigsten Lebensmittel und die sonstigen Verbrauchsgüter nicht nur knapp, sondern für den größten Teil des deutschen Volkes unerschwinglich teuer sind.

Mußte es dahin kommen?

Ich bedaure lebhaft, daß die Regierung den Vorschlägen, die seitens des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei und der Generalcommission gleich zu Beginn des Krieges für die Nahrungsmittelversorgung ausgearbeitet wurden, nicht gefolgt ist. Manches von dem, was wir damals gefordert haben, ist ja inzwischen erfüllt worden, aber leider immer dann, wenn es uns schadet. Hätte man gleich zu Beginn des Krieges mit der wirtschaftlichen Anarchie aufgeräumt, hätte man, soweit dies in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung möglich ist, die wirtschaftlichen Kräfte planmäßig organisiert, dann hätte es heute besser um uns. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Allen Verordnungen, die man erlassen hat, von denen eine die andere immer wieder aufhob, ist nur eins gemeinsam, die übergroße Rücksichtnahme auf die Interessen der Erzeuger. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Selbst heute noch fehlt es an einer völlig durchgeführten Nationalisierung der Nahrungsmittel, an denen Knappheit herrscht. Wer nur das nötige Geld hat, braucht auch heute noch nicht zu verhungern, er kann sich z. B. trotzdem Fett rationieren, falls Gänse angeschaffen und so viel Fleischschmalz gewonnen, daß er seine Fettkarte gar nicht braucht. Bei dem herrschenden Mangel an Nahrungsmitteln muß dafür gesorgt werden, daß der eine nicht mehr hat als der andere. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dann wird man mit den vorhandenen Nahrungsmitteln besser auskommen und wird auch eine Quelle der Unzufriedenheit verstopfen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Von den Hinweisen darauf, daß es im Ausland noch schlechter aussehe soll als bei uns, wird hier niemand fassen. Was hat die Entrüstung über die Aushungerungspläne Englands für einen Zweck? So scharf wir diesen grausamen Krieg gegen Frauen, Geiseln und Kinder verurteilen, so dürfen wir darüber die Pflicht der

energischen Bekämpfung des Lebensmittelwunders im Inlande und der Maßnahmen zur ausreichenden Ernährung der Bevölkerung nicht außer acht lassen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Was den Etat selbst anlangt, so ergibt sich daraus die Not-

wendigkeit, unmittelbar nach Beendigung des Krieges an eine Neuordnung des Verhältnisses der Eisenbahnen zu den allgemeinen Staatsfinanzen heranzugehen. Die Vermehrung der Ausgaben ist nicht wunderbar angesehen bei den 600 Millionen, die bis Oktober 1916 allein für Ostpreußen verausgabt worden sind. Hoffentlich wird die Provinz bald wieder in alter Glorie dastehen und die unglücklichen Einwohner für ihre Leiden vollständig entschädigt werden. (Weißfall!) Die Uebernahme von Oeständereien entspricht einer alten sozialdemokratischen Forderung, die insbesondere Bebel wiederholt vertreten hat. Diese Ausgaben billigen wir also ebenso wie die Steuererhöhungen an Beamte, Staatsarbeiter und Volksschullehrer. Diese Steuererhöhungen sind noch viel zu gering und stehen in gar keinem Verhältnis zu den gestiegenen Kosten der Lebenshaltung. Es scheinen auch noch nicht überall die notwendigen Anordnungen getroffen oder durchgeführt zu sein. In einigen Fällen, wo ich solche Klagen der Regierung überreicht habe, ist Abhilfe geschaffen worden. — Erstaunlich ist, daß auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege einmal Preußen in Deutschland vorgegangen ist, indem es als erster von allen Bundesstaaten den Gemeinden zu den vom Reich gewährten Zuschüssen die gleichen Zuschüsse aus der Staatskasse gewährt hat. Ob die geforderten 200 Millionen ausreichen, wird noch genau zu prüfen sein. Ich erkenne an, daß die zahlreichen Ministerialerlasse auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge einen gewissen sozialen Geist atmen. Man ist bemüht, die Gemeinden sorgfältig an ihre Pflichten auf diesem Gebiete zu erinnern. Trotzdem gibt es noch immer Lieferungsverbände, die

außerordentlich knauserig

in dieser Beziehung sind. In zahlreichen Fällen werden die Kriegsfamilien auch heute noch mit den Reichsmindestlöhnen angefaßt, die untergeordneten Instanzen lehnen sich nicht immer an die Ministerialerlasse und gewähren vielfach nur für die Frau oder ein Kind die Unterstützung, nicht aber auch für die übrigen Kinder. Auch die Unterstützung für die durch den Krieg erwerbslos gewordenen Arbeiter wird nicht überall durchgeführt. Aber auch, wenn alle Gesetze und Erlasse durchgeführt werden, bleibt noch Not und Elend genug zurück, und es ist eine wichtige Aufgabe der Regierung, schon jetzt Hand in Hand mit den Gemeinden dem wirtschaftlichen Zusammenbruch der Heimkehrenden vorzubeugen. Ein bescheidener Anfang ist gemacht durch die Fürsorge für die Angehörigen des Mittelstandes. Notwendig ist die Ausdehnung dieser Fürsorge auf die Arbeiter, die aus dem Felde zurückkehren. Die Kriegsfürsorge darf mit Ablauf des Krieges nicht ihr Ende erreichen, sondern muß weiter ausgedehnt werden auf diejenigen, die durch den Krieg wirtschaftlich geschädigt worden sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Angesichts der äußerst schwierigen Lage der Beamten fordern wir baldigste Vorlegung eines neuen kommunalabgabengesetzes. Herr v. Heubrand meinte ja gestern, es sei jetzt keine Zeit, Zukunftsideen auszumalen. Was die Stunde brauche, sei ein einziges Volk. Aber damit ist auch nichts erreicht, daß man sich über die wichtigsten Fragen der Zukunft völlig auszuspricht, wie es das gestern getan hat. Wir fordern eine Reform der Stadt- und Landgemeindefürsorge. Wir fordern vor allem die Befreiung aller einschränkenden Wahlrechtsbestimmungen, sowohl für das passive wie das aktive Wahlrecht, die Befreiung des Hausbesitzerprivilegs, des Frauenwahlrechts. Hat doch der Finanzminister selbst anerkannt, daß die deutschen Frauen sich dieser großen Zeit in jeder Weise würdig erweisen, daß wir ohne ihre Hilfe nicht hätten durchhalten können. Gerade auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege haben die Frauen außerordentlich wertvolle Dienste geleistet. Deshalb dürfte man ihnen das kommunale Wahlrecht nicht länger vorenthalten und sollte auch endlich den Beamten bestätigen, daß die Frauen noch nicht das Recht haben, hundertberechtigte Mitglieder in alle städtischen Deputationen zu senden. In der Frage der Selbstverwaltung der Gemeinden verlangen wir die volle Befreiung der Bezirksämter über die Befreiung gemeindefreier Bahnen. Kommt es doch heute noch vor, daß man Sozialdemokraten, die zu Mitgliedern des Magistrats oder einer städtischen Schuldeputation gewählt wurden, nicht bestätigt hat, weil sie zur Minderheit der sozialdemokratischen Partei gehören sollten. Das ist ein ganz unhaltbarer Zustand. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ebenso wenig wie ohne Hilfe der Frauen wären wir ohne Hilfe der organisierten Arbeiterschaft imstande gewesen, durchzuhalten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Was die Gewerkschaften auf den verschiedenen Gebieten der Kriegswohlfahrtspflege, auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge und der Erfüllung dieser Forderung der Gewerkschaften auch im angeprochenen finanziellen Interesse.

mit goldenen Lettern in das Buch der Geschichte eingetragen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das erkennt auch die Regierung an. Um so mehr müssen wir verlangen, daß die vor dem Kriege beliebte Art der Bekämpfung der Gewerkschaften ein für allemal der Vergangenheit angehört. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir fordern das freie uneingeschränkte Koalitionsrecht, mit dem naturgemäß das Streikrecht unlosbar verbunden ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dies Recht darf auch dem Staatsarbeiter und Landarbeiter nicht vorenthalten werden. Je stärker die Gewerkschaften sind, um so größer ist die Gewähr gegen eine nicht bräunliche Ausübung des Streikrechts. Deshalb liegt die Erfüllung dieser Forderung der Gewerkschaften auch im angeprochenen finanziellen Interesse.

In der Frage der Polen- und Dänenpolitik muß ein völliger Umschwung eintreten. Der Minister hat auf die Rede von Korfanty sehr erregt geantwortet. Besonders gerühmt hat er mich, daß er ihm vorkam, er habe kein Wort des Dankes für die Regierung gefunden. Anlässlich der Tatsache, daß wieder alle Positionen, die zur Bekämpfung der Polen dienen, in dem Geiseln sich vorfinden, war das wohl nicht weiter wunderbar. Der Minister sagte, die Regierung müsse die Konsequenzen aus der Rede des Abg. Korfanty ziehen. Das würde bedeuten, daß sie sich von Stimmungen leiten läßt und das darf eine Staatsregierung am allerwenigsten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man würde sonst den Sarkasmus daraus ziehen müssen, daß es ihr mit der Umkehr auf dem Gebiete der Polenpolitik doch nicht so ganz ernst zu sein scheint. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Weiter fordern wir Befreiung der Gefindefürsorge, Reformen auf dem Gebiete der Verwaltung, des Schulwesens und eine Neuordnung des Steuerwesens. Alle diese Forderungen, die wir namens der Arbeiterschaft erheben, erheben wir nicht etwa als Lohn für das Wohlerhalten der Arbeiterschaft, sondern es handelt sich hier um den

Rampf um das Staatsbürgerrecht

den wir von jeher geführt haben und auch nach dem Kriege entschlossen weiter führen werden. Von dem auf Grund des Dreiklassenwahlsystems gewählten Parlament ist freilich für die Erfüllung all dieser Aufgaben wenig zu erwarten. Herr v. Breitenbach sagte gestern: Erhalten wir uns, was uns zum Reibe unserer Feinde groß gemacht hat. Gewiß, das Gute wollen wir erhalten, aber das Schlechte wollen wir aber wegschleppen, und

Die erste Arbeitsschicht.

Nun ging es im Lazarettzug der Heimat wieder entgegen! Die Erinnerung an die schweren Tage der letzten Zeit lag dunkel hinter mir. Die aus verdämmender Ferne, aus immer dichterem Nebel klangen mir nur noch einige Worte in den Ohren, die der Leutnant zuletzt zu mir sprach: „Bald wieder kommen, der Waffenmeister wird nötig gebraucht.“

In der Fabrik erfuhr ich denn auch, weshalb ich vom Herrensdiens entlassen worden war. Der Meister hatte ja meine Adresse notiert, ich hatte gedacht, um mir von der Fabrik, wie schon in der ersten Zeit nach der Einberufung, mal wieder ein Paket zu schicken! Reklamiert war ich worden!

Kleines Feuilleton. Die Vorfahren der Kartoffel.

Unter denjenigen Lebensmitteln, deren Knappheit infolge des Krieges mancherlei Störungen verursacht, steht die Kartoffel mit an erster Stelle, und heute, wo es geboten erscheint, auch den Kartoffelverbrauch zu regeln und einzuschränken, kommt es uns erst recht zum Bewußtsein, wie sehr sie im vollen Sinne des Wortes nicht nur ein Volksernährungsmittel, sondern gerade das Volksernährungsmittel ist.

manen aus. Besonders am Balkan und in Rußland war Hirse das Hauptgetreide. Der Hirse am nächsten kam die Bohne, und zwar teilweise die Arten, die man heute nicht mehr genießt. Sie bildete ein sehr wichtiges Nahrungsmittel auch der germanischen Völker, bei denen dazu dann noch als ursprüngliche Getreidearten Weizen und vor allem Hafer, später Roggen und Weizen zulezt Weizen kamen.

Gewaltige Sonnenflecke.

Nach der im allgemeinen recht schwachen Fleckenaktivität der Sonne während der letzten Monate hat sich, wie Arthur Stenjel in der „Astronomischen Zeitschrift“ mitteilt, plötzlich eine außerordentlich umfangreiche Gruppe dunkler Massen in der Photosphäre gebildet. Die fortgesetzte trübe, regnerische Witterung hatte längere Zeit hindurch keinerlei Sonnenbeobachtung ermöglicht; erst am 5. Januar, an dem sich die Witterung aufklärte, trat die auffallende Fleckengruppe in Erscheinung.

Notizen.

— Theaterrevue. Das Deutsche Opernhaus wurde noch in diesem Monat Neuinszenierungen der Oper „Grafenbraut“ von Smetana und „Königin von Saba“ von Goldmark heraufbringen. Anfang Februar wird die Uraufführung der neuen Oper „Jugend“ (nach Max Halbes Jugendbuch) von Janak Waghalter folgen.

Es ist sehr möglich.

Von Heinrich Scholle. Auch Ihrem Freunde vertrauen Sie sich nicht? Nein, auch ihm nicht; schon deswegen nicht, weil ich in meiner Dürftigkeit, in meiner Amtslosigkeit, in meiner Bürgerlichkeit gar nicht an die reiche, hochgeborene Generalstödtter ernstlich denken durfte. Dingen erfuhr ich von Schneemüllern zuerst, was ich nie geglaubt hätte, daß man allgemein sagte, ich sei Philippinens Günstling; sie liebt mich mit romanhafter Schwärmererei, es habe deswegen zwischen ihr und ihrer Mutter sogar kleine Ausstritte gegeben.

Wir wurden endlich einig, und Freund Schneemüller reiste statt meiner, mit allen obrigkeitlichen Papieren, Zeugnissen und nötigen Vollmachten versehen, nach Amsterdam. Sie haben mir, sagte Fritz, doch noch nie von diesem Ihrem Freund gesprochen. Kann sein, erwiderte der Staatsrat; das erklärt sich von selbst. Es vergingen Wochen und Tage. Mein Freund und Mandatarius schrieb nie. Ich bestürmte ihn mit Briefen. Ich kam schließlich auf den Gedanken, er sei krank, sehr krank. Die Freundschaft überwand die Liebe; ich reiste nach Amsterdam. Philippine war bei meiner Abreise außer sich vor Schmerz. Sie sank, als ich von ihr ging, ihrer Mutter ohnmächtig in den Arm.

ippine sich gar nicht gestraubt habe, dem hübschen, reichen am Hofe sehr bedeutenden Grafen die Hand zu geben, sobald er darum angehalten hatte. Und dies mochte kurz nach dem Empfang des Priefes geschehen sein, welchen ich dem General aus Amsterdam von Schneemüllers Schürkerelei geschrieben hatte. Ich glaubte aber an das Geschwätz meines Hauswirts nicht und rief immer: es ist unmöglich! Ich glaubte die ganze Nacht nicht daran, wohl aber den folgenden Morgen; denn da vernahm ich von allen Seiten und vom General selbst die Bestätigung. Abscheulich, abscheulich! rief Fritz, und drückte die Hand fest an sein Herz, als wollte er es vor dem Zerplatzen bewahren.

(Fortf. folgt.)

